

Die Lage der Weltwirtschaft
und der
deutschen Wirtschaft
im Herbst 1995

Beurteilung der Wirtschaftslage
durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher
wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin:

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)*

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Halle (Saale) am 19. Oktober 1995



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Wirtschaft im Wandel

Inhaltsverzeichnis

Die Lage der Weltwirtschaft	3
Überblick	3
Weiche Landung der Konjunktur in den USA	5
Konjunkturbelebung in Japan durch Strukturprobleme behindert	6
Verhaltener Konjunkturanstieg in Westeuropa setzt sich fort	7
Anhaltende Aufwärtsentwicklung in Ostmitteleuropa – Abschwächung des Produktionsrückgangs in der GUS	9
Kaum veränderte Rohstoffpreise	11
Verlangsamte Expansion des Welthandels	11
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	12
Überblick	12
Fortsetzung des Aufschwungs in moderatem Tempo	14
Annahmen der Prognose	14
Export vorübergehend abgeschwächt	15
Ausstattungsinvestitionen nehmen nur leicht zu	15
Ende des Baubooms	16
Privater Verbrauch 1996 mit mehr Schwung	16
Preisaufrtrieb weiter moderat	17
Produktionsanstieg im kommenden Jahr kräftiger	17
Noch keine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt	18
Leistungsbilanzdefizit unverändert	20
Trotz Steuersenkung weiterer Rückgang des Budgetdefizits 1996	20
Die Herausforderung der deutschen Einigung: Fünf Jahre danach	23
Wirtschaftspolitik in Deutschland	27
Finanzpolitik	29
Lohnpolitik	31
Geldpolitik	33
Zur Europäischen Währungsunion	35
Tabellenanhang	39

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltkonjunktur blieb auch in diesem Jahr deutlich aufwärtsgerichtet, wenngleich sich das Expansionsstempo verringerte. Bei anhaltend kräftigem Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern und Erholungstendenzen in Osteuropa hat sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern seit dem Frühjahr verlangsamt. Die geldpolitische Straffung in den USA entfaltete nunmehr ihre dämpfenden Wirkungen. In Japan verschlechterte sich das Konjunkturklima vor allem infolge des erneuten Aufwertungsschubs in diesem Frühjahr wieder, und die Wirtschaft verharrte trotz der wirtschaftspolitischen Ankurbelungsbemühungen in Stagnation. In Westeuropa hat sich das Aufschwungstempo in den meisten Volkswirtschaften aufgrund einer schwächeren Zunahme der Exporte, des Abklingens lagerzyklischer Impulse sowie des Anstiegs der Zinssätze auf dem Kapitalmarkt im Verlauf des vergangenen Jahres vermindert; zudem wurden in einer Reihe von Ländern im Zuge der Währungsturbulenzen in diesem Jahr die Leitzinsen wieder angehoben. Mit der konjunkturellen Verlangsamung kam der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, der im Vorjahr eingesetzt hatte, zum Stillstand. Die Inflationsraten blieben zumeist niedrig; das Preisniveau auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe hat sich seit dem Frühjahr nicht mehr erhöht.

Die Geldpolitik in den USA hat, nach der monetären Straffung bis zu Beginn dieses Jahres, die Zügel etwas gelockert, als die Auftriebskräfte nachließen und die Inflationsgefahr geringer eingeschätzt wurde. Nochmals merklich herabgesetzt wurden die Leitzinsen in Japan, um der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche entgegenzuwirken. In Westeuropa führten diejenigen Zentralbanken, die ihren Handlungsspielraum nicht durch Abwertungstendenzen eingengt sahen, im Gefolge der Politik der Deutschen Bundesbank die Zinssenkung fort. Zugleich gaben die Zinssätze auf den Kapitalmärkten aufgrund der langsameren Gangart der Weltkonjunktur und nachlassender Inflationserwartungen weltweit nach. Der Renditevorsprung gegenüber Geldmarktanlagen hat sich zu-

meist verringert, und zwar auch in Ländern, in denen die kurzfristigen Zinsen sanken. Die Zinsdifferenz ist aber nach wie vor deutlich positiv. Damit ist die Geldpolitik in den meisten Industrieländern konjunkturstimulierend, zumindest aber konjunkturstützend angelegt. Dies wird bei wahrscheinlich noch bis in das kommende Jahr hinein sinkenden kurzfristigen Zinsen auch weiterhin der Fall sein.

Die Finanzpolitik in den Industrieländern bleibt überwiegend auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gerichtet; das Finanzierungsdefizit wird in den USA und in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften 1995 geringer ausfallen als im Vorjahr. Für Japan dagegen zeichnet sich als Folge der wirtschaftlichen Stagnation und der wiederholten Ankurbelungsmaßnahmen eine erneute Erhöhung des Defizits ab; dies gilt vor allem wegen des jüngsten Konjunkturprogramms auch für das kommende Jahr. In den USA ist der Ausgang des finanzpolitischen Konflikts zwischen Regierung und Kongreß noch ungewiß; gegenwärtig spricht indes wenig für eine weitere Reduzierung des Haushaltsfehlbetrages, nachdem er in den letzten drei Jahren beträchtlich verringert worden war. In Westeuropa sind die meisten Länder bestrebt, die öffentlichen Haushalte im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien zu konsolidieren. Allerdings sind aufgrund der konjunkturellen Verlangsamung und kaum noch zurückgehender Arbeitslosigkeit Fortschritte inzwischen schwerer zu erreichen; in einigen Ländern sind zudem Steuerensenkungen vorgesehen. Alles in allem ist jedoch eine nochmalige Abnahme der Budgetdefizite in Westeuropa wahrscheinlich.

Die starken Wechselkursveränderungen im Frühjahr, gekennzeichnet durch eine kräftige Aufwertung von Yen und D-Mark gegenüber dem Dollar sowie durch spürbare Verschiebungen der innereuropäischen Währungsrelationen, haben sich in den letzten Monaten zu einem erheblichen Teil zurückgebildet. Für die weitere Entwicklung wird hier angenommen, daß sich der Dollar bis ins nächste Jahr hinein noch etwas erholt, während sich die Wechselkurse zwischen den europäischen Währungen nicht nennenswert verändern. Die Vo-

Tabelle 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern

- Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr -

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		1994	1995	1996	1994	1995	1996
Deutschland	10,6	2,9	2 1/4	2 1/2	2,7	2	2
Frankreich	6,9	2,9	2 3/4	2 1/4	1,7	2	2 1/2
Italien	5,3	2,2	3	2 1/4	4,0	5 1/4	5
Großbritannien	5,3	3,9	2 3/4	2 1/2	2,5	3 1/2	3 1/4
Spanien	2,5	2,0	3	2 1/2	4,7	4 1/2	4 1/2
Niederlande	1,7	2,7	2 1/2	2 1/2	2,7	2	2
Schweiz	1,3	1,2	1 1/2	2	0,8	2	1 1/2
Belgien	1,2	2,3	2 1/2	2 1/2	2,4	1 1/2	2
Schweden	1,0	2,2	3 1/2	2 1/2	2,2	2 1/2	3
Österreich	1,0	2,7	2 1/2	2	3,0	2 1/2	2 1/2
Dänemark	0,8	4,4	3	2 1/2	2,0	2	2 1/2
Norwegen	0,6	5,7	4 1/2	3 1/2	1,4	2 1/2	2 1/2
Finnland	0,5	3,9	5	4	1,1	1 1/2	2 1/2
Westeuropa ^a	38,6	2,9	2,7	2,4	2,7	2,8	2,9
U S A	34,9	4,1	3	2	2,6	3	3
Japan	23,7	0,5	1/4	1 1/2	0,7	0	1/2
Kanada	2,8	4,6	2 1/4	2	0,2	2 1/2	2 1/2
Insgesamt ^a	100,0	2,8	2,2	2,0	2,1	2,2	2,3
<i>Nachrichtlich:</i>							
Insgesamt ^b		2,8	2,6	2,3	2,4	2,7	2,8

^a Summe der aufgeführten Länder; gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt von 1994. - ^b Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1994.

Quellen: Nationale Angaben, OECD, EG. 1995 und 1996: Prognose der Institute.

latilität auf den Devisenmärkten wird aber auch künftig groß sein.

Der Prognose der Weltkonjunktur liegt für das Jahr 1996 ein unveränderter Weltmarktpreis für Erdöl in Höhe von 17 US-Dollar je Barrel (Importpreis der OECD-Länder) zugrunde. Für Industrierohstoffe ist angesichts der verhalteneren Expansion der Weltindustrieproduktion ebenfalls mit einem stabilen Preisniveau zu rechnen.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den Industrieländern fortsetzen. Zunächst dürfte es bei dem gemäßigten Tempo bleiben, das sich während des Sommerhalbjahres herausgebildet hat; für den Verlauf des kommenden Jahres ist aufgrund der monetären Impulse eine leichte Beschleunigung wahrscheinlich. Im einzelnen ist für die USA – nach der Vermeidung einer Überhitzung im Auf-

schwung – eine Produktionsausweitung zu erwarten, die auch in der gegenwärtigen Dämpfungsphase die Rate des Potentialwachstums nur wenig unterschreiten wird; die wichtigste Auftriebskraft sind dabei nach wie vor die gewerblichen Investitionen. In Japan ist zwar weiterhin das Risiko beachtlich, daß die strukturellen Probleme, die mit den spekulativen Übersteigerungen bis zu Beginn der neunziger Jahre und der drastischen Höherbewertung des Yen zutage getreten sind, eine Belebung verhindern. Aber nach der wieder merklich niedrigeren Bewertung des Yen dürften nun die erneuten Ankurbelungsmaßnahmen eine gewisse Wirkung entfalten und sich die ersten Besserungstendenzen, die bei der Ausfuhr und bei den Unternehmensinvestitionen sichtbar wurden, allmählich verstärken. In Westeuropa gibt es infolge divergierender Wechselkurs- und Zinsimpulse un-

Tabelle 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern

- Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr -

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1994	1995	1996		1994	1995	1996
Deutschland	11,8	2,9	2 1/4	2 1/2	12,5	2,8	2	2
Frankreich	7,7	2,9	2 3/4	2 1/4	7,5	3,1	2 1/2	2 1/2
Italien	5,9	2,2	3	2 1/4	5,7	1,9	2	1 3/4
Großbritannien	5,9	3,9	2 3/4	2 1/2	5,9	3,4	2	2
Westeuropa ^a	31,3	3,0	2,6	2,4	31,6	2,8	2,1	2,1
U S A	39,0	4,1	3	2	39,4	4,7	3 1/4	2
Japan	26,5	0,5	1/4	1 1/2	25,8	1,0	1	2
Kanada	3,1	4,6	2 1/4	2	3,1	3,4	2 1/4	2
Industrieländer ^a	100,0	2,8	2,1	2,0	100,0	3,1	2,3	2,0

^a Summe der aufgeführten Länder; gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1994.

Quellen: Nationale Angaben, OECD, EG. 1995 und 1996: Prognose der Institute.

terschiedliche Entwicklungen: In den „Abwertungs-ländern“ sind die konjunkturell anregenden Wirkungen von seiten der Ausfuhr relativ stärker, während die Inlandsnachfrage durch hohe Zinsen gedämpft wird; in den „Aufwertungs-ländern“ ist demgegenüber der Beitrag der Inlandsnachfrage vergleichsweise groß. Insgesamt ist für Westeuropa mit einer Fortsetzung des moderaten Produktionsanstiegs im nächsten Jahr zu rechnen.

Insgesamt wird der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts der Industrieländer, der sich im vergangenen Jahr auf 2 3/4 vH erhöhte, in den Jahren 1995 und 1996 nur noch jeweils rund 2 vH betragen. In den meisten Volkswirtschaften bleibt die Ausweitung der Produktion dabei vermutlich nur wenig hinter dem Kapazitätswachstum zurück; allerdings ist der Auslastungsgrad noch überwiegend niedriger als im langfristigen Durchschnitt. Eine nennenswerte Zunahme der Beschäftigung und eine Verringerung der hohen Arbeitslosigkeit zeichnen sich nicht ab. Der Preisanstieg wird nach wie vor moderat sein.

In der übrigen Welt werden die Schwellenländer die Produktion in kaum vermindertem Tempo erhöhen. In Ostmitteleuropa wird sie, auch aufgrund der bei der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung erreichten Fortschritte, merklich steigen. Die rasche Expansion des Außenhandels dieser Ländergruppen trägt dazu bei, daß der Zuwachs des Welthandelsvolumens, der im vergangenen Jahr fast 10 vH betrug, mit etwa 8 1/2 vH im Jahr

1995 und 7 vH im Jahr 1996 beachtlich hoch bleibt.

Weiche Landung der Konjunktur in den USA

In den USA hat sich die konjunkturelle Dynamik seit Beginn des Jahres spürbar abgeschwächt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die im Verlauf des Jahres 1994 um 4 vH ausgeweitet worden war, nimmt seit Anfang 1995 nur noch mit einer Jahresrate von etwa 2 vH zu. Zur Verlangsamung trug neben der starken Verminderung des Lageraufbaus vor allem der Rückgang der Investitionen im Wohnungsbau bei; maßgeblich hierfür dürfte der Zinsanstieg im vergangenen Jahr gewesen sein. Hingegen wurden die Ausrüstungsinvestitionen bei offenbar guten Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen weiterhin kräftig erhöht, wenn auch nicht so rasch wie zuvor. Die Expansion des privaten Verbrauchs verringerte sich leicht, da die verfügbaren Einkommen langsamer zunahm. Hinzu kam, daß der Exportanstieg im Zuge der konjunkturellen Abschwächung in Kanada und des Produktionseinbruchs in Mexiko an Tempo verlor.

Die Ausweitung der Beschäftigung hat sich im Laufe dieses Jahres merklich abgeflacht, und die Arbeitslosigkeit ging nicht mehr zurück. Bemerkenswert ist, daß sich die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt während der vergangenen zwei Jahre nicht in verstärkten Lohnsteigerungen niedergeschlagen hat; die Stundenlöhne im priva-

ten Sektor nahmen bis zuletzt mit einer Rate von nur knapp 3 vH pro Jahr zu. Die Lohnstückkosten blieben bei dieser moderaten Lohnentwicklung und dem relativ kräftigen Produktivitätszuwachs nahezu konstant.

Nicht zuletzt wegen der günstigen Kostenentwicklung erhöhten sich die Produzentenpreise im bisherigen Verlauf dieses Jahres nur noch wenig. Die Verbraucherpreise stiegen zugleich mit einer laufenden Rate von rund 3 vH. Nachdem bei rasch zunehmender Auslastung der Kapazitäten Inflationserwartungen aufgekommen waren, haben sich diese mit der Dämpfung der Konjunktur wieder beruhigt; das hat zum Rückgang der Zinsen am Kapitalmarkt seit Ende letzten Jahres beigetragen.

Von der Finanzpolitik gingen kaum noch dämpfende Wirkungen aus. Zwar setzte sich die Verringerung des Fehlbetrags im Bundeshaushalt fort; im Haushaltsjahr 1994/95 war er mit etwa 160 Mrd. Dollar um reichlich ein Drittel niedriger als im Vorjahr, und das gesamtstaatliche Defizit dürfte 1995 damit nur noch rund 1,5 vH des Bruttoinlandsprodukts entsprechen, nach 2,0 vH im vergangenen Jahr. Aber der Rückgang in diesem Jahr ist überwiegend konjunkturbedingt. Die Entwicklung im laufenden Fiskaljahr ist wegen der anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Kongreßmehrheit bei den Haushaltsberatungen gegenwärtig noch weitgehend offen. Zwar gibt es eine Reihe von Vorschlägen für die weitere Rückführung des Defizits; angesichts der Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr spricht aber wenig dafür, daß kurzfristig neue Maßnahmen ergriffen werden.

Die Wirkungen der Geldpolitik prägen weiterhin den Konjunkturverlauf. Die monetäre Straffung, die von Anfang 1994 bis Anfang 1995 erfolgte, konnte relativ moderat bleiben, weil die Stabilisierungsbemühungen von der Lohnzurückhaltung und der fiskalischen Konsolidierung in den letzten Jahren unterstützt wurden. Dies erlaubte es der Notenbank auch, die monetären Zügel vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden konjunkturellen Verlangsamung bereits im Sommer leicht zu lockern; sie senkte – erstmals seit 1992 – die kurzfristigen Zinsen.

Zunächst werden die dämpfenden Wirkungen der alles in allem immer noch straffen Geldpolitik dominieren, aber die Wahrscheinlichkeit ist hoch, daß es zu einer „weichen Landung“ der Konjunktur

ohne Stabilisierungsrezession kommt. Im Wohnungsbau gibt es schon erste Anzeichen, daß der Zinsrückgang am Kapitalmarkt nunmehr die Nachfrage wieder stützt. Dagegen wird die Einkommensentwicklung durch den langsameren Anstieg der Beschäftigung beeinträchtigt; dies bremst die Expansion des privaten Verbrauchs. Auch die gewerblichen Investitionen dürften in vermindertem Tempo erhöht werden; bei günstigen Finanzierungsbedingungen und stabilen Lohnstückkosten wird ihre Zunahme aber immer noch beachtlich sein. Die Exporte werden wohl zügig ausgeweitet werden. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird im Laufe des kommenden Jahres annähernd der Wachstumsrate des Produktionspotentials entsprechen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird sich 1995 voraussichtlich um 3 vH und 1996 um etwa 2 vH erhöhen. Die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung dürfte in beiden Jahren rund 3 vH betragen.

Konjunkturbelebung in Japan durch Strukturprobleme behindert

Die japanische Wirtschaft befindet sich seit fast vier Jahren in der Stagnation. Die Industrieproduktion ging im Sommerhalbjahr sogar zurück, nachdem sie zuvor mehr als ein Jahr lang spürbar zugenommen hatte. Die ausgewiesene Arbeitslosenquote erreichte mit 3,2 vH der Erwerbspersonen den bisherigen Höchststand. Die Preissenkungstendenzen verstärkten sich. Die Erzeugerpreise sind bereits seit vier Jahren rückläufig, und nunmehr geben auch die Preise für die Lebenshaltung leicht nach.

Trotz mehrerer Konjunkturprogramme seit Mitte 1992 und massiver Zinssenkungen gelang es bisher nicht, die Zurückhaltung von Investoren und Konsumenten zu überwinden. Die finanzielle Position vieler Unternehmen wurde auch durch die drastische Aufwertung des Yen, die sie nicht in den Preisen weitergeben konnten, beeinträchtigt. Deshalb standen bei Banken und Unternehmen bis zuletzt die Bestrebungen im Vordergrund, ihre – nach spekulativen Fehlentwicklungen Ende der achtziger Jahre ohnehin belasteten – Bilanzen zu konsolidieren.

Nach dem Aufwertungsschub im vergangenen Frühjahr war der gewogene reale Außenwert des Yen um mehr als ein Drittel höher als zu Beginn

der neunziger Jahre. Dies konnte von japanischen Anbietern nur zu einem geringen Teil über eine Verminderung der Gewinnmargen aufgefangen werden, so daß sich ihre internationale Wettbewerbsposition erheblich verschlechterte und fortlaufend Marktanteile verlorengingen. Mit der kräftigen Zunahme der Nachfrage auf den Auslandsmärkten sind die Exporte dennoch seit Anfang vergangenen Jahres moderat gestiegen. Erheblich stärker aber erhöhten sich zugleich die Bezüge aus dem Ausland, so daß der Außenbeitrag weiter zurückging.

Die Inlandsnachfrage hat sich bisher kaum belebt. Zwar ist die Investitionsneigung ab Mitte vergangenen Jahres nicht mehr gesunken, und die Unternehmensinvestitionen haben zuletzt wieder etwas zugenommen; dabei dürften Bemühungen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition eine entscheidende Rolle gespielt haben. Aber die ungünstige Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen führte dazu, daß der private Konsum in der Grundtendenz stagnierte. Auch ist die staatliche Nachfrage seit einem Jahr nicht mehr ausgeweitet worden.

Die Finanzpolitik suchte im Frühjahr und Herbst der Konjunktur neue Impulse zu geben. Das Programm vom September hat einen Umfang in Höhe von 3 vH des Bruttoinlandsprodukts; nur etwa die Hälfte davon dürfte zu zusätzlicher Nachfrage führen. Vor allem werden öffentliche Bauten gefördert. Erhebliche Mittel dienen daneben staatlichen Grundstückskäufen zur Stabilisierung der Preise auf dem Immobilienmarkt.

Die Geldpolitik ist im Verlauf des Jahres weiter gelockert worden. Der Diskontsatz wurde im April und September nochmals gesenkt und hat nunmehr mit 0,5 % seinen historisch niedrigsten Stand erreicht. Auch die Kapitalmarktzinsen haben, den Tendenzen in anderen Ländern folgend, in diesem Jahr wieder deutlich nachgegeben. Andererseits hat aber die Krise im Bankensystem eine Ausweitung der Kreditgewährung behindert.

Die Tatsache, daß die Stimulierungsversuche der Geld- und Fiskalpolitik über so lange Zeit wirkungslos blieben, spricht dafür, daß es sich in Japan nicht lediglich um eine konjunkturelle Schwäche handelt. Vielmehr haben die massive Aufwertung des Yen in den letzten Jahren und die zunehmende Konkurrenz der jungen Industrieländer

Südostasiens zu schwerwiegenden Problemen auf der Angebotsseite geführt. Deren Lösung erfordert umfangreiche Anpassungen, für die eine hohe Flexibilität der Marktteilnehmer notwendig ist. Selbst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, bleibt ein derartiger Prozeß schwierig und zeitaufwendig. Häufig werden aber die japanischen Unternehmen durch staatliche Regulierungen behindert, und Bemühungen um zügige und umfangreiche Deregulierung stoßen auf erhebliche politische Widerstände.

Die Rückkehr zu einem kräftigen Wachstum ist so zunächst nicht in Sicht. Aber mit der jüngsten Abwertung des Yen haben sich die Aussichten gebessert, daß die erneuten Ankurbelungsmaßnahmen gewisse Anstoßwirkungen auf die Gesamtnachfrage haben. Die Unternehmensinvestitionen werden indes nur langsam an Schwung gewinnen, und der private Verbrauch wird lediglich verhalten expandieren. Die Exporte werden bei einer sich abflachenden Weltkonjunktur, aber nachlassenden Aufwertungseffekten moderat ausgeweitet, während der Importsog anhalten wird. Insgesamt ist zu erwarten, daß das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr stagnieren und im nächsten Jahr leicht zunehmen wird (1,5 vH).

Verhaltener Konjunkturanstieg in Westeuropa setzt sich fort

In den westeuropäischen Industrieländern hat sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion seit dem Frühjahr leicht verringert. Dies ist zum Teil auf das Abklingen expansiver Lagerimpulse zurückzuführen. Dämpfend wirkte die Erhöhung der langfristigen Zinsen im vergangenen Jahr. Auch hoben einige Zentralbanken in diesem Jahr die Zinsen an. Ferner haben die Nachfrageanstöße aus der übrigen Welt etwas nachgelassen. Mit der konjunkturellen Verlangsamung hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kaum noch gebessert. Die Verbraucherpreise stiegen insgesamt weiterhin moderat.

Nach dem kräftigen Zuwachs im Jahre 1994 haben die Ausrüstungsinvestitionen seit dem Frühjahr langsamer expandiert. Stärker verringerte sich die Zunahme der Bauinvestitionen infolge des Anziehens der Kapitalmarktzinsen im vergangenen Jahr: Der gewerbliche Bau wurde nur wenig ausgeweitet, nicht zuletzt wegen der immer noch

hohen Leerstände bei Büro- und Gewerbebauten; auch der Wohnungsbau stieg in schwächerem Tempo als zuvor, und die öffentlichen Investitionen stagnierten. Der private Konsum hat nach wie vor nur mäßig zugenommen. Die realen verfügbaren Einkommen expandierten wenig: Die Beschäftigung erhöhte sich kaum, und der Lohnzuwachs blieb moderat; außerdem wurden vielfach Steuern und Abgaben heraufgesetzt und Transferzahlungen gekürzt.

Die Expansion der Ausfuhren hat an Schwung verloren, blieb aber eine Stütze der Konjunktur. Vor allem die Nachfrage aus Nordamerika nahm langsamer zu, weil sich die Konjunktur dort merklich abkühlte; hinzu kamen retardierende Auswirkungen der Aufwertung der meisten westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar. Die Lieferungen in Entwicklungs- und Schwellenländer erhöhten sich weiterhin sehr lebhaft, und der Absatz in Ostmitteleuropa wurde erneut kräftig ausgeweitet. Im Zuge der etwas zögerlicher steigenden Gesamtnachfrage hat der Importsog nachgelassen. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz wies erneut einen Überschuß aus.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf dieses Jahres nur noch geringfügig verbessert. Die Zahl der Beschäftigten vergrößerte sich kaum, und die Arbeitslosenquote sank etwas. Sie war zuletzt mit 10 1/2 vH der Erwerbspersonen um einen halben Prozentpunkt niedriger als ein Jahr zuvor.

Der Preisauftrieb blieb moderat. Der inländische Kostenanstieg war – besonders wegen der nur mäßig erhöhten Löhne – schwach. Allerdings wurden vielfach indirekte Steuern angehoben. Unterschiede in der Preisentwicklung waren auch eine Folge der Wechselkursveränderungen. Dort, wo die Währungen an Wert gewonnen hatten, verstärkte der Rückgang der Importpreise die Tendenz zu niedrigeren Inflationsraten. In den Abwertungsländern kam es hingegen zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs. Dies gilt namentlich für Italien.

Der Kurs der Geldpolitik in den einzelnen westeuropäischen Ländern ist von den Divergenzen in der Preis- und Wechselkursentwicklung geprägt. In den Ländern, in denen der Wechselkurs gegenüber der D-Mark ohne größere Schwierigkeiten stabil gehalten werden konnte, folgten die

Notenbanken der Politik der Deutschen Bundesbank und verringerten ihre Leitzinsen im Verlauf dieses Jahres. Hier ist für die nächsten Monate mit einer leichten Lockerung der monetären Zügel zu rechnen. Die Geldpolitik wird in diesen Ländern über den gesamten Prognosezeitraum hinweg wohl leicht expansiv wirken. Demgegenüber haben die Notenbanken jener Länder, deren Währungen im Frühjahr erneut unter Druck standen, die Leitzinsen merklich angehoben. Sie dürften die Wechselkursorientierung der Geldpolitik trotz der damit verbundenen retardierenden Wirkungen auf die heimische Nachfrage beibehalten. Sie werden aber Möglichkeiten, die sich aus Zinssenkungen im Ausland ergeben, zu nutzen suchen. Insgesamt wird die Geldpolitik in diesen Ländern bis weit in das kommende Jahr hinein dämpfend wirken.

Die Finanzpolitik ist nach wie vor von dem Bemühen um eine Konsolidierung der Staatshaushalte geprägt. Dabei gewinnen Kürzungen auf der Ausgabenseite an Gewicht. Besonders die Investitionen des Staates und die Personalausgaben werden beschnitten; aber auch bei den Sozialleistungen kommt es zu Einschränkungen. Zugleich werden indes Abgaben deutlich angehoben. Da die meisten Länder trotz der Konsolidierungsschritte immer noch hohe Budgetdefizite aufweisen, die – teilweise erheblich – über das im Vertrag von Maastricht festgelegte Kriterium zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion hinausgehen, ist für 1996 eine deutliche weitere Verringerung der Defizite geplant. Von der Finanzpolitik werden folglich wiederum restriktive Wirkungen auf die Nachfrage ausgehen. Dies gilt, wenn auch in geringerem Maße, selbst für Länder, in denen leichte Steuersenkungen vorgesehen sind, wie Deutschland und Großbritannien.

Von den wirtschaftspolitischen und den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen her ist eine weitere, wenn auch verhaltene Expansion von Nachfrage und Produktion angelegt. Die Zunahme der Ausfuhr dürfte sich etwa im gegenwärtigen Tempo fortsetzen. In Nordamerika wird sich die konjunkturelle Expansion im Laufe des kommenden Jahres geringfügig verstärken, die Wachstumsdynamik in den Entwicklungsländern, namentlich in den südostasiatischen Schwellenländern, schwächt sich kaum ab, und die Nachfrage aus Ostmitteleuropa bleibt lebhaft. Dabei lassen

die abwertungs- und aufwertungsbedingten Effekte nach, so daß sich die Unterschiede im Tempo des Ausfuhranstiegs von Land zu Land im Verlauf des kommenden Jahres wieder verringern.

Die Inlandsnachfrage dürfte weiter nur moderat zunehmen. Die zügige Expansion der Ausrüstungsinvestitionen hält an, weil die Ertragserwartungen günstig bleiben. Trotz der zumeist gesunkenen langfristigen Zinsen werden die Bauinvestitionen lediglich schwach ausgeweitet. Namentlich bei gewerblichen Immobilien wirkt in vielen Ländern nach wie vor ein hoher Leerstand einem merklichen Anstieg der Baunachfrage entgegen. Auch die Investitionen im Wohnungsbau werden allenfalls leicht erhöht. Verschiedentlich wird die Förderung des Wohnungsbaus vermindert, vor allem aber bleiben die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte gedämpft. Da das verfügbare Einkommen auch wegen der schwach zunehmenden Beschäftigung real nur langsam steigt, dürfte der private Verbrauch lediglich verhalten ausgeweitet werden, zumal die Sparquote nach dem merklichen Rückgang in den vergangenen Jahren kaum noch sinkt.

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Westeuropa im nächsten Jahr mit knapp $2\frac{1}{2}$ vH etwas schwächer zunehmen als 1995 ($2\frac{3}{4}$ vH). Dabei erhöht sich die Beschäftigung nur wenig, und die Arbeitslosigkeit geht kaum zurück; mit reichlich 10 vH der Erwerbspersonen wird die Arbeitslosenquote sehr hoch bleiben. Bei kaum zunehmender Auslastung der Kapazitäten, bei anhaltend intensivem Wettbewerb, zumeist weiterhin moderatem Lohnanstieg und insgesamt geringer Verteuerung der Einfuhr wird der Preisauftrieb nach wie vor verhalten sein. Die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt 1996 mit knapp 3 vH in ähnlichem Maß wie in diesem Jahr steigen.

Anhaltende Aufwärtsentwicklung in Ostmitteleuropa – Abschwächung des Produktionsrückgangs in der GUS

In den ostmitteleuropäischen Ländern setzt sich die wirtschaftliche Erholung, die 1994 begann, in diesem Jahr fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt dieser Ländergruppe dürfte 1995 mit einer Rate von etwa 4 vH steigen. Getragen wird die Auf-

wärtsentwicklung insbesondere von den Exporten und den Investitionen, verschiedentlich aber auch vom privaten Konsum. Nach dem Dienstleistungsbereich expandiert nunmehr die Produktion im verarbeitenden Gewerbe ebenfalls beträchtlich. Die Bauwirtschaft erholt sich dagegen nur langsam, und die landwirtschaftliche Erzeugung dürfte etwa auf dem vorjährigen Niveau liegen. In den europäischen GUS-Ländern hat sich der Produktionsrückgang verlangsamt.

Seit 1994 wachsen die Anlageinvestitionen in fast allen Ländern Ostmitteleuropas. Allerdings reicht die Investitionsdynamik nicht aus, um die wirtschaftliche Umstrukturierung rasch voranzubringen. Infolge der schlechten Ertragslage verfügen die Unternehmen zumeist nicht über ausreichende Eigenmittel zur Investitionsfinanzierung und können auch nur in begrenztem Maße Kredite aufnehmen, zumal die Realzinsen auf hohem Niveau verharren. Die staatliche Investitionstätigkeit wird infolge der Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung stark eingeschränkt. Die Unsicherheiten über die künftigen Wachstumsbedingungen behindern zudem den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen. Auch der Wohnungsbau erholt sich nur zögernd. In den GUS-Ländern gehen die Anlageinvestitionen weiter rasch zurück; sie sind vermutlich bereits auf erheblich weniger als die Hälfte des Niveaus von Ende der achtziger Jahre gefallen. Besonders stark werden sie im produzierenden Bereich reduziert. Das Investitionsklima bleibt auch deshalb schlecht, weil die Unsicherheiten über die Reformpolitik fortbestehen.

In diesem Jahr gehen von den steigenden Exporten, vornehmlich nach Westeuropa, weiterhin wesentliche Impulse für die Entwicklung in den Reformländern aus. Besonders hohe Zuwächse verzeichnen Polen, Slowenien und die Slowakei, von einem niedrigen Niveau aus auch Rumänien. In der Tschechischen Republik hat sich allerdings die Exportdynamik verringert, und in Bulgarien sind die Ausfuhren im ersten Halbjahr sogar deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben. Zugleich haben infolge der wirtschaftlichen Erholung auch die Einfuhren stark zugenommen. Nachdem die zusammengefaßte Handelsbilanz der ostmitteleuropäischen Länder 1994 mit einem leicht verringerten Defizit schloß, hat sich der Importüberschuß im ersten Halbjahr 1995 erneut ver-

Tabelle 3:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH						in vH ^a		
		1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Polen	16,4	5,0	5	5	32	30	20	16,0	15	14
Ungarn	7,2	2,0	1	1	19	30	20	10,4	12	13
Tschechien	6,4	2,6	4	5	10	10	8	3,2	4	5
Rumänien	5,1	3,4	4	4	137	40	30	10,9	11	12
Slowenien	2,5	5,0	5	5	20	13	10	14,2	13	12
Slowakei	2,2	4,8	6	5	13	11	10	14,8	14	14
Bulgarien	1,8	1,4	2	4	96	50	35	12,8	13	13
Ostmitteleuropa ^b	41,6	3,8	4,0	4,1						
Rußland	51,0	-15	-5	0	300	180	80	.	.	.
Ukraine	6,4	-23	-10	-2	900	300	100	.	.	.
Weißrußland	1,0	-20	-10	-2	2.200	700	120	.	.	.
Insgesamt ^b	100	-7,8	-1,6	1,6						
<i>Nachrichtlich:</i>										
Insgesamt ^c		-1,0	1,1	2,9						

^a Stand am Jahresende. - ^b Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen von 1994. - ^c Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß den deutschen Ausfuhren von 1994 in diese Länder. Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen. 1995 und 1996: Prognose der Institute.

größert. Das gilt, bedingt durch die fortgesetzte reale Aufwertung der Krone, insbesondere für die Tschechische Republik. Hohe Exportüberschüsse haben sich wiederum in Rußland ergeben, dessen Erdöl- und Erdgasausfuhr nach Westeuropa nach teilweiser Liberalisierung merklich gestiegen ist.

Die Geld- und Fiskalpolitik ist im allgemeinen um eine Eindämmung der Inflation bemüht. Der Preisauftrieb hat sich besonders in denjenigen ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften verringert, in denen die Geldentwertung zuvor sehr hoch war, so in Bulgarien und in Rumänien. Lediglich in Ungarn hat sich die Inflation gegenüber dem Vorjahr wieder beschleunigt. Anstöße für Preissteigerungen gehen von den weiterhin rasch zunehmenden Lohnkosten, aber auch von der Anhebung administrierter Preise und indirekter Steuern aus. In Ungarn, in Bulgarien und in der Slowakei haben die starke Abwertung der Landeswährungen bzw. zusätzliche Importabgaben zu einem erheblichen Anstieg der Importpreise geführt. In den GUS-Ländern hat sich die Inflation seit dem Frühjahr infolge einer restriktiven Geldpolitik,

flankiert von Fortschritten bei der Haushaltskonsolidierung, abgeschwächt. In Rußland wurde allerdings in den letzten Monaten die Geldmenge infolge der erneuten Bereitstellung billiger Zentralbankkredite an die Wirtschaft, zeitweilig aber auch infolge massiver Dollarkäufe durch die Zentralbank, wieder verstärkt ausgeweitet; insofern besteht die Gefahr, daß sich die Geldentwertung nach den beachtlichen Stabilisierungserfolgen der letzten Zeit wieder beschleunigt.

Die Beschäftigung ist in allen ostmitteleuropäischen Ländern weiter zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit blieb abgesehen von der Tschechischen Republik hoch. Bei der fortschreitenden Entflechtung und Privatisierung von Großunternehmen kommt es zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen kann diese Einflüsse nicht kompensieren. In den Ländern der GUS ist die Quote der registrierten Arbeitslosen nach wie vor niedrig. Die nach der ILO-Methodik ermittelte Zahl der Arbeitssuchenden wird allerdings z.B. in Rußland mehr als

dreimal so hoch ausgewiesen. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte noch darüber liegen, weil eine große Zahl von Arbeitnehmern auch ohne Entlohnung oder mit stark reduzierten Löhnen in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis verbleibt, um bestimmte soziale Leistungen der Unternehmen weiterhin in Anspruch nehmen zu können.

Insgesamt ist damit zu rechnen, daß das Produktionswachstum in den ostmitteleuropäischen Ländern in diesem und im kommenden Jahr mit jeweils 4 vH ebenso groß sein wird wie 1994. In Ungarn wirken die Stabilisierungsmaßnahmen, die zur Eindämmung des Haushalts- und des Leistungsbilanzdefizits ergriffen worden sind, kurzfristig dämpfend auf Nachfrage und Produktion. Die Arbeitslosenquote dürfte sich nur wenig verändern; in der Tschechischen Republik wird sie infolge unumgänglicher Strukturanpassungen und nunmehr kräftiger Lohnanhebungen allmählich steigen. Der Preisauftrieb wird sich wohl in allen Ländern verlangsamen; doch wird er zumeist im zweistelligen Bereich verbleiben. In Rußland gibt es nach der Produktionsstabilisierung in der zweiten Hälfte dieses Jahres gute Aussichten für einen leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Verlauf des kommenden Jahres. In der Ukraine und in Weißrußland wird die Wirtschaftsleistung 1995 abermals um etwa ein Zehntel schrumpfen und wohl erst im kommenden Jahr ihren Tiefpunkt erreichen. Die Inflationsraten werden zwar deutlich sinken, im Jahresergebnis jedoch noch dreistellig bleiben. Die Arbeitslosigkeit in den GUS-Ländern wird erheblich zunehmen, wenngleich dies die offiziellen Statistiken wohl weiterhin zumeist unterzeichnen.

Kaum veränderte Rohstoffpreise

Mit der Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in den Industrieländern kam es zu Beginn dieses Jahres zu einer deutlichen Tendenzwende auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe. Die Hausse an den Warenbörsen, die die Entwicklung im Laufe des vergangenen Jahres gekennzeichnet hatte, brach abrupt ab. Darin schlug sich – wie zuvor mit umgekehrtem Vorzeichen im Aufschwung – die besonders ausgeprägte Reaktion der Weltindustrieproduktion nieder, deren Anstiegstempo sich zu Beginn des Jahres deutlich verlangsamte. Die lagerzyklischen Einflüsse, die dabei

eine erhebliche Rolle spielten, dämpften auch die Nachfrage nach Industrierohstoffen, zumal sich die Inflationserwartungen in gleichem Zuge wieder verminderten. Das auf Dollarbasis berechnete Preisniveau für Industrierohstoffe hat sich seit dem Frühjahr – wenn auch bei unterschiedlichen Tendenzen auf den Märkten der einzelnen Rohstoffe – nicht mehr nennenswert verändert. Lediglich aufgrund des hohen Überhangs zu Jahresbeginn zeichnet sich für das Jahr 1995 insgesamt noch eine Verteuerung von fast 20 vH ab.

Bei der voraussichtlich gemäßigten Aufwärtsbewegung der Weltkonjunktur im weiteren Verlauf dieses Jahres und im Jahr 1996 ist mit einem leichten Anstieg des Verbrauchs von Industrierohstoffen und nicht mehr dämpfenden Lagerdispositionen der Verarbeiter zu rechnen. Zugleich dürften die Erzeuger ihr Angebot nach den kräftigen Erlössteigerungen – das Preisniveau auf Dollarbasis hat seit Jahresbeginn wieder eine Höhe wie vor dem konjunkturbedingten Rückgang zu Beginn der neunziger Jahre – etwas rascher ausweiten. Vor diesem Hintergrund spricht vieles dafür, daß sich Industrierohstoffe auch im nächsten Jahr zumindest nicht verteuern werden.

Auf dem Weltmarkt für Erdöl ergab sich im Sommerhalbjahr wieder spürbarer Angebotsdruck. Zwar nahm der Verbrauch weiterhin merklich zu. Auch steigerten die OPEC-Länder ihre Produktion nur wenig. Aber in anderen Fördergebieten, namentlich in der Nordsee, wurde die Erzeugung erheblich ausgeweitet. Der Anstieg der Erdölnotierungen, zu dem es im Frühjahr gekommen war, erwies sich daher als vorübergehendes Phänomen; sie gingen wieder auf ein Niveau wie zur letzten Jahreswende zurück. Die Grundtendenz von Nachfrage und Produktion dürfte sich im nächsten Jahr nicht wesentlich verändern. Daher ist anzunehmen, daß der Ölpreis 1996 etwa so hoch sein wird wie im Durchschnitt des laufenden Jahres, in dem er wahrscheinlich bei 17 US-Dollar je Barrel liegen wird. Eine Aufhebung des UN-Embargos für Öllieferungen des Irak ist hierbei nicht unterstellt.

Verlangsamte Expansion des Welthandels

Der Welthandel nimmt in diesem Jahr weiterhin kräftig zu. Allerdings hat sich – nach der überaus starken Expansion im Laufe des Jahres 1994 – das Anstiegstempo seit dem Frühjahr merklich

verringert. Maßgeblich waren dafür die Konjunkturabflachung in Nordamerika und die Verlangsamung der Aufwärtsbewegung in Westeuropa. Während aus diesem Grunde die Importe in den Industrieländern nicht mehr so rasch stiegen wie zuvor, wurden sie in der übrigen Welt offenbar unverändert zügig ausgeweitet.

Bei der zu erwartenden moderaten Entwicklung der Weltkonjunktur dürfte der Welthandel seinen Anstieg über die kommende Jahreswende hinaus in dem ermäßigten Tempo fortsetzen, wie es sich im Sommerhalbjahr ergeben hat. Bestimmend ist insbesondere die verhaltene Zunahme von Nachfrage und Produktion in den westeuropäischen Volkswirtschaften und in den USA. In Japan wird die aufwertungsbedingte Stimulierung der Einfuhr nachlassen, doch werden wohl allmählich kon-

junkturrelle Anregungen spürbar werden. Am stärksten werden die Importe der Schwellenländer steigen, wo kräftiges Wirtschaftswachstum und zunehmende außenwirtschaftliche Verflechtung Hand in Hand gehen. Auch in vielen osteuropäischen Ländern nehmen die Bezüge aus dem Ausland mit den Fortschritten bei der Bewältigung der Umstellungsprobleme weiterhin spürbar zu. Dagegen werden den Erdölexportländern durch kaum steigende Ausfuhrerlöse enge Grenzen gezogen.

Alles in allem dürfte der reale Welthandel im Jahre 1995, begünstigt durch einen beträchtlichen Überhang, um etwa $8\frac{1}{2}$ vH höher sein als im Vorjahr (1994: 10 vH) und 1996 um schätzungsweise 7 vH; diese Rate liegt noch etwas über dem langjährigen Durchschnitt.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick¹

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in Deutschland hat sich in diesem Jahr fortgesetzt, das Tempo des Produktionsanstiegs hat sich jedoch gegenüber dem im Vorjahr abgeschwächt. Die Gründe hierfür waren, daß – ähnlich wie in den anderen westeuropäischen Ländern – die im vergangenen Jahr relativ starken lagerzyklischen Impulse deutlich nachließen, die dämpfenden Einflüsse des letztjährigen kräftigen Anstiegs der Kapitalmarktzinsen die Entwicklung bis weit in dieses Jahr hinein belasteten und die Konjunktur in Nordamerika verhaltener verlief. In Deutschland gingen überdies von der Wirtschaftspolitik retardierende Effekte aus. Zu Jahresbeginn wurden die Steuern erneut merklich angehoben. Im Wohnungsbau war eine Abschwächung angelegt, weil mit dem Auslaufen des Schuldzinsenabzugs Ende

1994 Vorhaben vorgezogen worden waren. Aufgrund dieser Faktoren war eine vorübergehende, wenn auch nicht so ausgeprägte Abflachung der Konjunktur nach der Jahreswende durchaus erwartet worden.

Im Frühjahr wurde das Konjunkturklima erheblich durch die sprunghafte Erhöhung des Außenwerts der D-Mark gegenüber dem Dollar und einer Reihe von europäischen Währungen sowie durch die hohen Lohnabschlüsse der diesjährigen Tarifrunde, die allgemein als Abkehr von einem beschäftigungsorientierten Kurs interpretiert wurden, belastet. Die Ertrags- und Absatzaussichten der Unternehmen wurden spürbar beeinträchtigt, und dies veranlaßte zu zurückhaltenden Dispositionen. Mit dem Abklingen der Währungsturbulenzen und der teilweisen Rückbildung der Auf-

¹ Die der Konjunkturdiagnose zugrunde liegende statistische Datenbasis ist derzeit wegen einer Reihe von Gründen sehr unsicher. Dazu gehören: nachwirkende Verzerrungen beim Außenhandel infolge einer geänderten Erfassung, die Schwierigkeiten bei der Umstellung der Statistik des produzierenden Gewerbes auf eine EU-einheitliche Systematik, der sich daraus ergebende Anpassungsbedarf bei anderen statistischen Reihen sowie der - mit erheblichen Revisionen verbundene - Übergang auf eine gesamtdeutsche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Das alles erschwert die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage beträchtlich.

wertung der D-Mark begann sich die Stimmung dann allmählich aufzuhellen; die Exporterwartungen der Unternehmen haben sich nach der Jahresmitte wieder etwas gebessert.

In *Westdeutschland* hat die Konjunktur in einem frühen Stadium des Aufschwungs an Dynamik verloren. Im Sommerhalbjahr expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas schwächer als das Produktionspotential, so daß die Kapazitätsauslastung leicht sank. Eine ruhigere Gangart der Konjunktur nach dem Abklingen der in der ersten Aufschwungsphase stets recht kräftigen lagerzyklischen Impulse hat es in früheren Konjunkturzyklen ebenfalls gegeben; so verlangsamte sich auch Mitte der achtziger Jahre die Erholung nach zweijähriger Aufwärtsentwicklung zunächst wieder. Den nachlassenden lagerzyklischen Impulsen standen in der Vergangenheit indes verstärkt steigende Unternehmensinvestitionen gegenüber. Auch in diesem Aufschwung sprach zunächst einiges für ein solches Ablaufmuster. Im Laufe des Jahres 1994 waren die Ausrüstungsinvestitionen deutlich in Fahrt gekommen; im Gefolge des kräftigen Zinsanstiegs im vergangenen Jahr sowie der Höherbewertung der D-Mark hat im Frühjahr die Investitionsdynamik aber wieder nachgelassen. Die Bauinvestitionen sind seit Jahresbeginn, geprägt durch die Sonderentwicklung im Wohnungsbau, sogar rückläufig. Dagegen entwickelte sich der private Verbrauch trotz der höheren Belastung der Einkommen durch zusätzliche Abgaben überraschend günstig.

Der Arbeitsmarkt, der dem Konjunkturverlauf ohnehin erst mit einiger Verzögerung folgt, hatte auf die zyklische Erholung zwar im vergangenen Jahr leicht reagiert, infolge der Abflachung des Konjunkturanstiegs wird eine Belebung am Arbeitsmarkt weiter hinausgezögert. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit hat sich zwar im Laufe dieses Jahres nochmals spürbar verlangsamt, zu einer Tendenzwende kam es bisher aber noch nicht. Die leichte Verringerung der Arbeitslosigkeit, die im Sommer 1994 begonnen hatte, kam im Frühjahr zum Stillstand. Danach ergab sich sogar eine leichte Zunahme. Offenbar haben die Unternehmen die Rationalisierung der Produktion dieses Mal sehr viel länger fortgesetzt, und die Enttäuschung über die hohen Lohnabschlüsse und die Belastungen durch die Höherbewertung der D-

Mark haben die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zusätzlich gedämpft.

In *Ostdeutschland* hat sich der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg in diesem Jahr etwas verlangsamt. Möglicherweise trug dazu auch die schwächere konjunkturelle Expansion in Westdeutschland bei, denn die zunehmende Verflechtung mit der westdeutschen Wirtschaft bringt in immer stärkerem Maße ein Ankoppeln an deren zyklische Schwankungen mit sich. Gleichwohl ist das reale Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern weiterhin kräftig gestiegen; im ersten Halbjahr 1995 war es rund 7 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe, die seit einem Jahr kräftig expandiert, übertraf das Vorjahresniveau dabei um rund ein Zehntel. Damit hat der Aufholprozeß in Ostdeutschland erheblich an Breite gewonnen; zuletzt ist die Produktionsausweitung im verarbeitenden Gewerbe aber wohl etwas schwächer geworden.

Sowohl der öffentliche als auch der gewerbliche Bau weisen in diesem Jahr erheblich geringere Zuwachsraten als im Vorjahr auf. Im öffentlichen Bau hatte es in den vergangenen Jahren insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur sehr kräftige Steigerungsraten gegeben. In Teilbereichen, so beispielsweise bei der Erschließung von Gewerbegebieten, übersteigt das Angebot derzeit bereits die Nachfrage. Im gewerblichen Bau lassen sich vielfach bei weitem nicht mehr so hohe Investitionsrenditen wie in früheren Jahren erzielen. Dies gilt insbesondere für die Schaffung von Büroräumen und Handelsflächen. Hier gibt es inzwischen sogar erste Leerstände. Im Wohnungsbau dagegen blieb das Anstiegstempo weiter hoch. Im Zuge der kräftigen Einkommenszuwächse nimmt die Nachfrage nach Wohnraum weiterhin spürbar zu. Dies und die fortgesetzten staatlichen Fördermaßnahmen sowie die für 1998 angekündigte Einführung des Vergleichsmietensystems lassen die Renditeerwartungen günstig erscheinen.

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es Zeichen einer weiteren Besserung. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im Lauf dieses Jahres weiter gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße wie im Vorjahr, als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen rasch ausgeweitet wurden. Die Zahl der Arbeitslosen hat nochmals etwas abgenommen; die Arbeitslosen-

quote ist freilich trotz umfangreicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen mit immer noch fast 14 vH weit höher als in Westdeutschland.

Trotz unverkennbarer Fortschritte bei der Modernisierung der Wirtschaft und bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen mangelt es offenbar noch an Eigen- dynamik. Das führt dazu, daß nun, da die Impulse von seiten des Staates nicht mehr zunehmen, die Wirtschaft langsamer wächst.

Fortsetzung des Aufschwungs in moderatem Tempo

Wichtige Rahmenbedingungen für die Konjunktur im Inland wie im Ausland sind nach wie vor günstig, für die deutsche Wirtschaft haben sich einige sogar seit dem Frühjahr deutlich verbessert. Zunächst wirken zwar noch dämpfende Effekte der kräftigen Höherbewertung der D-Mark in den ersten Monaten dieses Jahres nach. Von Jahresbeginn bis zum Höchststand im März ist der reale Wechselkurs um reichlich 5 vH gestiegen; bis Mitte Oktober hat sich diese Aufwertung jedoch teilweise zurückgebildet.

Die Zinsen am Kapitalmarkt haben, nach dem kräftigen Anstieg im Jahre 1994, im Laufe dieses Jahres unter dem Einfluß weltweit rückläufiger Zinsen und gefördert durch einen geringeren Preisauftrieb in der Bundesrepublik beträchtlich nachgegeben; die Umlaufrendite sank seit Anfang des Jahres um fast anderthalb Prozentpunkte auf reichlich 6 %. Die Bundesbank hat die monetären Zügel weiter gelockert und ihre Leitzinsen in zwei Schritten zurückgenommen. Angesichts der nur moderaten Expansion der Geldmenge ist eine Kehrtwende in der Geldpolitik sobald nicht zu erwarten. Von der monetären Seite gehen somit insgesamt spürbare Anregungen auf die Konjunktur aus, die sich zum Teil erst mit einiger Verzögerung niederschlagen werden. Schließlich sind von der Finanzpolitik, nach den Steuererhöhungen in diesem Jahr, für 1996 beträchtliche Steuerentlastungen vorgesehen. Diesen stehen freilich steigende Sozialabgaben gegenüber. Per saldo ergeben sich dennoch Impulse für den privaten Verbrauch.

Bei den niedrigeren Zinsen, den steuerlichen Entlastungen und dem Abklingen der dämpfenden Einflüsse aus der Höherbewertung der D-Mark

wird sich der Konjunkturaufschwung im kommenden Jahr verstärken; die Auftriebskräfte werden sich wegen der Stimulierung des privaten Konsums und der etwas regeren Investitionstätigkeit mehr zur Inlandsnachfrage verlagern. Gleichwohl wird die Konjunktur auch 1996 noch keine große Dynamik entfalten. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird wohl erst in der zweiten Jahreshälfte etwas stärker zunehmen als das Produktionspotential. Im Jahresdurchschnitt wird die Kapazitätsauslastung ähnlich hoch sein wie in diesem Jahr.

Unter diesen Bedingungen wird sich die Lage am Arbeitsmarkt nur graduell verbessern. Immerhin dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr zunehmen und die Arbeitslosigkeit sich leicht zurückbilden. Eine durchgreifende Erholung am Arbeitsmarkt setzt eine deutliche Verstärkung der Wachstumsdynamik auf mittlere Sicht voraus. Daß dies bei entsprechender Wirtschafts- und Lohnpolitik durchaus möglich ist, zeigt nicht zuletzt die Entwicklung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, also bereits vor der Vereinigung.

Annahmen der Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen wird angenommen:

- Nachfrage und Produktion in den Industrieländern werden, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, weiterhin in moderatem, 1996 leicht zunehmendem Tempo steigen. Der Welthandel wird kräftig expandieren.
- Der Ölpreis und die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe ändern sich kaum.
- Die D-Mark wird gegenüber dem Dollar etwas niedriger bewertet; gegenüber den europäischen Währungen kommt es zu keinen nennenswerten Änderungen. Der reale Außenwert der D-Mark wird geringfügig sinken.
- Die Lohnabschlüsse im kommenden Jahr bleiben leicht unter denen der diesjährigen Tarifrunde.
- In der Finanzpolitik werden die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt. Neue Beschlüsse mit

Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung im Prognosezeitraum sind nicht unterstellt. Konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben werden hingenommen.

- Die Kapitalmarktzinsen erhöhen sich, nach dem kräftigen Rückgang in diesem Jahr, erst im Laufe des Jahres 1996 etwas; ähnliches gilt für die kurzfristigen Zinsen.

Export vorübergehend abgeschwächt

Mit dem Nachlassen der konjunkturellen Auftriebskräfte in den westlichen Industrieländern ist seit dem Winterhalbjahr die Dynamik der Nachfrage aus dem Ausland geringer geworden. Da sich bei der weltweiten konjunkturellen Verlangsamung die Auswirkungen des Anstiegs der langfristigen Zinsen mit lagerzyklischen Effekten vermengen, sind alle Bereiche der Exportwirtschaft von dieser Entwicklung betroffen. Besonders kräftig gingen im ersten Halbjahr 1995 die Bestellungen von Vorprodukten zurück. Bei den Herstellern von Investitionsgütern machte sich, wenn auch in geringerem Umfang, die nachlassende Investitionsdynamik in Europa und den USA bemerkbar.

In der Abschwächung des Exportanstiegs haben sich die Auswirkungen der realen Aufwertung der D-Mark erst wenig niedergeschlagen. Die Unternehmen haben im Gefolge der Aufwertung offenbar ihre Positionen auf den Auslandsmärkten nicht sofort durch Preiserhöhungen gefährden wollen, sondern die Aufwertungseffekte in verminderten Gewinnen aufgefangen. Das erklärt die rasche Verschlechterung der Geschäftserwartungen im Frühjahr. Im Nachhinein hat sich diese Vorgehensweise als angemessen erwiesen, da es im Sommer an den Devisenmärkten zu einer gewissen Korrektur gekommen ist. Der reale Außenwert der D-Mark ist in der ersten Oktoberhälfte nur mehr um knapp 4 vH höher als zur Jahreswende; das bedeutet gegenüber März dieses Jahres eine Verringerung der Aufwertung um rund ein Viertel. Daraufhin haben sich die Exportaussichten der Industrie in den letzten Monaten wieder aufgehellt. Der Auftragseingang aus dem Ausland ist zuletzt bereits wieder gestiegen.

Bei nunmehr zumeist deutlich niedrigeren Kapitalmarktzinsen dürfte die Konjunktur in den

Industrieländern wieder etwas an Dynamik gewinnen; gleichzeitig wird sich die Investitionsneigung verstärken. In Südostasien bleibt der Anstieg der Importe wegen des kräftigen Wachstums hoch. Auch die Reformländer Ostmitteleuropas werden ihre Einfuhren deutlich ausweiten. Mit dem Abklingen der Aufwertungseffekte werden die deutschen Exporteure im Verlauf des kommenden Jahres Anschluß an diese Entwicklung finden. In der zweiten Jahreshälfte 1996 wird die deutsche Ausfuhr im gleichen Tempo wie der Welthandel zunehmen; im Jahresdurchschnitt steigen die Exporte aber lediglich um 5 vH.

Ausrüstungsinvestitionen nehmen nur leicht zu

Die Ausrüstungsinvestitionen, die im zurückliegenden Jahr erheblich an Fahrt gewonnen hatten, expandierten im Laufe dieses Jahres mit deutlich verlangsamtem Tempo. Der Anstieg der langfristigen Zinsen im vergangenen Jahr, die Abschwächung der Weltkonjunktur und die damit verbundene Verschlechterung der Ertragsersparungen hatten die Investoren zunächst zu einer etwas vorsichtigeren Investitionsplanung bewogen. Hinzu kamen dann die Aufwertung der D-Mark und die Lohnabschlüsse in der Metallindustrie, die für zusätzliche Irritationen sorgten. Das Gewicht dieser die Investitionsneigung belastenden Faktoren nimmt aber im weiteren Verlauf des Jahres ab. Der langfristige Zins hat bereits ein Niveau erreicht, das fast so niedrig ist wie Anfang 1994, die Weltkonjunktur wird sich im weiteren Verlauf dieses und nächsten Jahres wieder festigen, die Aufwertung der D-Mark ist teilweise korrigiert und die Lohnabschlüsse von 1996 dürften hinter denen von 1995 zurückbleiben. In den konsumnahen Bereichen wird sich zudem die Belebung der Verbrauchsnachfrage positiv auf die Investitionsentscheidungen auswirken. Schon in den letzten Monaten hat sich die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Inland belebt. Im kommenden Jahr wird die konjunkturelle Stockung bei den Ausrüstungsinvestitionen überwunden sein. Dennoch dürfte die Zuwachsraten im Jahresdurchschnitt nur $4\frac{1}{2}$ vH betragen, nach $3\frac{1}{2}$ vH in diesem Jahr. Das sind, gemessen an ausgeprägten Aufschwungsphasen wie in der zweiten Hälfte der 70er und der 80er Jahre, bei diesem konjunktur reagiblen Aggregat recht geringe Werte.

Ende des Baubooms

Nach dem kräftigen Anstieg der Bauinvestitionen im Laufe des Jahres 1994 hat sich seit Anfang dieses Jahres das Produktionswachstum deutlich verlangsamt. Noch wesentlich ausgeprägter ist die Abschwächungstendenz bei den Baugenehmigungen. Insbesondere die Nachfrage nach Wohnbauten läßt erhebliche Bremsspuren erkennen. Wegen des noch hohen Auftragsbestands schlug sich die Nachfrageschwäche bisher allerdings nicht in gleichem Maße in der Produktionsentwicklung nieder. So werden in diesem Jahr die Wohnungsbauinvestitionen noch um rund 4 vH über dem Niveau des Vorjahres liegen; in Westdeutschland wird dabei bereits der Vorjahreswert nicht mehr ganz erreicht, während er in Ostdeutschland noch um ein Fünftel übertroffen wird.

Die Gründe für die sinkende Wohnbaunachfrage in Westdeutschland sind vor allem in den verschlechterten Renditeperspektiven zu suchen. Neben langsamer steigenden Mieten kommt hierbei den bereits erfolgten und noch erwarteten gesetzlichen Änderungen eine erhebliche Bedeutung zu. Im nächsten Jahr wird die sich verbessernde Einkommenssituation der privaten Haushalte den Rückgang der Wohnbaunachfrage nur abmildern, nicht aber umkehren. Die Wohnungsbauinvestitionen in den alten Bundesländern werden 1996 voraussichtlich um 5 vH niedriger sein als 1995. In den neuen Bundesländern schwächt sich der Aufholprozeß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum in gutem Bauzustand nur leicht ab, nicht zuletzt dank der noch bis Ende 1996 geltenden massiven steuerlichen Förderung. Im nächsten Jahr dürften die Wohnungsbauinvestitionen in Ostdeutschland um reichlich ein Zehntel zunehmen. Für den Wohnungsbau in Deutschland insgesamt resultiert aus diesen beiden gegenläufigen Entwicklungen im nächsten Jahr ein annähernd stagnierendes Bauvolumen.

Die gewerblichen Bauinvestitionen sind im Verlauf des ersten Halbjahres 1995 spürbar gesunken. Der Rückgang beschränkte sich auf Westdeutschland; in den neuen Bundesländern nahmen sie allerdings deutlich langsamer zu als in den Vorjahren. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird der Wirtschaftsbau in Westdeutschland annähernd stagnieren. Erst im nächsten Jahr ist mit einer

spürbaren Belebung der Bautätigkeit im Westen zu rechnen. Dazu tragen sich bessernde Gewinn- und Absatzerwartungen ebenso bei wie die relativ niedrigen Kapitalmarktzinsen. In den neuen Bundesländern verlagert sich die Bautätigkeit zunehmend von Großprojekten zu kleineren Neubauprojekten und baulichen Erweiterungen. Dabei wird die Dynamik im ostdeutschen Wirtschaftsbau insgesamt weiter nachlassen.

Die öffentlichen Investitionen werden in Westdeutschland sowohl in diesem Jahr als auch im kommenden Jahr wegen der angespannten Haushaltslage der meisten Gebietskörperschaften eingeschränkt. Anders als in den Vorjahren werden die nur leicht positiven Zuwachsraten in den neuen Bundesländern nicht ausreichen, um ein Schrumpfen der gesamten öffentlichen Investitionen in beiden Jahren zu verhindern.

Für die Bauinvestitionen insgesamt ergibt sich aus diesen unterschiedlichen sektoralen und regionalen Entwicklungen im nächsten Jahr eine Stagnation. Erstmals seit der Vereinigung wirkt die Bauwirtschaft damit dämpfend auf den gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg.

Privater Verbrauch 1996 mit mehr Schwung

Im bisherigen Jahresverlauf ist der private Verbrauch deutlich stärker gestiegen als aufgrund der Entwicklung der Lohn- und Transfereinkommen zu erwarten gewesen wäre. Überdurchschnittlich kräftig erhöhten die Verbraucher ihre Ausgaben für Auslandsreisen und andere Dienstleistungen. In den nächsten Monaten wird sich der Konsumanstieg voraussichtlich abflachen. Darauf deutet auch die Abkühlung des Konsumklimas hin.

Im nächsten Jahr wird der private Konsum spürbar an Schwung gewinnen. Ausschlaggebend sind hierfür in erster Linie die steuerlichen Entlastungseffekte. Dank der fiskalischen Erleichterung wird auch bei den etwas niedrigeren Neuabschlüssen in der Tarifrunde 1996 nach Abzug von Einkommensteuer sowie Sozialabgaben eine Steigerung der durchschnittlichen Nettoeinkommen je Beschäftigten um mehr als 6 vH verbleiben, gegenüber nur wenig mehr als 1 vH in diesem Jahr. Anders als im laufenden Jahr wird 1996 die Beschäftigtenzahl etwas zunehmen, so daß sich die Einkommensbasis zusätzlich verbreitert. Vergleichsweise schwach werden allerdings die Al-

ters- und Hinterbliebenenrenten steigen, die sich an der verhaltenen Nettolohnentwicklung in diesem Jahr orientieren.

Alles in allem errechnet sich für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Jahre 1996 ein Zuwachs von 5,5 vH, nach 3,5 vH in diesem und 3 vH im vergangenen Jahr. Bei der Verteuerung der Lebenshaltung um nur wenig mehr als 2 vH verbleibt eine beachtliche Zunahme der Realeinkommen. Da diesmal überwiegend untere Einkommensgruppen mit einer erfahrungsgemäß hohen Konsumneigung in den Genuß der steuerlichen Entlastung kommen, ist nicht mit einem merklichen Anstieg der Sparquote zu rechnen. Der private Verbrauch wird 1996 um rund 3 vH zunehmen, d.h. fast doppelt so stark wie im laufenden Jahr. Er ist damit die Stütze der konjunkturellen Entwicklung.

Preisaufrtrieb weiter moderat

Das Preisklima hat sich im Sommerhalbjahr unter dem Einfluß der schwächeren Konjunktur und der Aufwertung der D-Mark deutlich beruhigt. Die Hausse auf den Rohstoffmärkten ist ausgelaufen; die Importe sind der Grundtendenz nach auch mit der Höherbewertung der D-Mark billiger geworden. Die Entlastungen von außen haben dazu beigetragen, daß sich der Preisaufrtrieb auf der industriellen Erzeugerstufe im Inland deutlich abgeschwächt hat.

Auf der Verbraucherstufe ließ der Preisanstieg bei noch schwacher Konsumnachfrage weiter nach. In Westdeutschland erhöhten sich die Preise für Industriewaren nun schon fast ein Jahr nicht mehr und die für Dienstleistungen insgesamt auch nur mäßig. Allerdings fielen die Mietanhebungen aufgrund der nach wie vor kräftigen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt immer noch hoch aus, doch hat die Dynamik abgenommen. In Ostdeutschland verteuerte sich die Lebenshaltung bis zum Sommer weniger als in Westdeutschland; ab August kam es mit dem Inkrafttreten des Mietenüberleitungsgesetzes aber wieder zu stärkeren Mieterhöhungen.

Die ruhige Preisentwicklung wird sich zunächst fortsetzen, vor allem weil die Nachfrage der privaten Haushalte bis Ende dieses Jahres nur wenig zunimmt. Die weitere Mietanpassung in Ostdeutschland dürfte dort den Preisaufrtrieb nur tem-

porär verstärken. In Deutschland insgesamt wird die Preissteigerungsrate 1995 sowohl am Jahresende wie im Jahresdurchschnitt knapp 2 vH betragen.

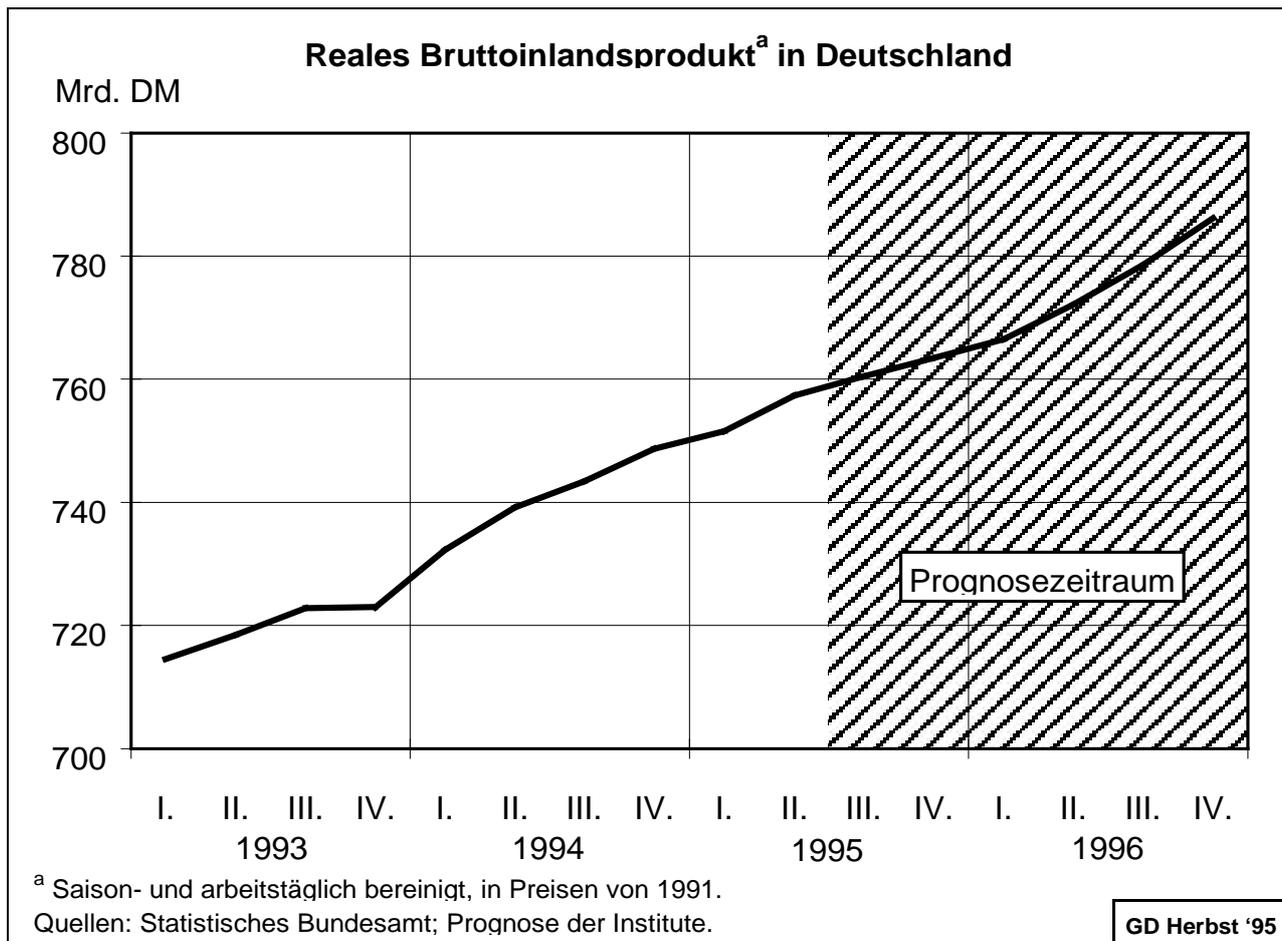
Für das kommende Jahr ist infolge der Erholung der Konsumnachfrage und des sich vergrößernden Lohnkostendrucks mit einer leichten Zunahme der Teuerung zu rechnen. Von der Importseite werden zudem kaum mehr dämpfende Wirkungen ausgehen. Angesichts der noch geringen Kapazitätsauslastung in den konsumnahen Bereichen sowie wegen des Wegfalls des Kohlepfennigs wird sich der Preisanstieg jedoch in engen Grenzen halten; insgesamt dürfte er sich im Jahresverlauf nur wenig beschleunigen. Während die Verbraucherpreise in Westdeutschland im Jahresdurchschnitt um etwa 2 vH über dem diesjährigen Niveau liegen werden, ist für Ostdeutschland wegen der Mietanhebungen eine höhere Rate zu erwarten; sie wird sich auf etwa 3¹/₂ vH belaufen.

Produktionsanstieg im kommenden Jahr kräftiger

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Bundesrepublik hat im bisherigen Jahresverlauf abgeschwächt zugenommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist mit einer Jahresrate von 2 vH und damit deutlich weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres gewachsen. Für Westdeutschland betrug die entsprechende Anstiegsrate etwa 1¹/₂ vH, für Ostdeutschland schätzungsweise 6 vH. Eine wesentliche Rolle bei der Abschwächung spielte die nachlassende Dynamik der Bautätigkeit. In Westdeutschland nahm die Bauproduktion im Verlauf ab, in Ostdeutschland endet der Bauboom allmählich. Mit der Abschwächung der Export- und der Investitionskonjunktur wurde die Ausweitung der Produktion auch im verarbeitenden Gewerbe gedämpft. Die flauere Konsumgüternachfrage beeinträchtigte zudem die Entwicklung im Einzelhandel.

Die konjunkturelle Schwäche wird vorerst anhalten. Bei dem günstigeren konjunkturellen Umfeld wird sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion indes im Verlauf des kommenden Jahres beschleunigen. Der deutliche Zuwachs der Nachfrage der privaten Haushalte sowie die stärkere Auslandsnachfrage werden vor allem die Produktion im verarbeitenden Gewerbe anregen; insbesondere die Fertigung von Investitionsgütern

Abbildung:



wird an Schwung gewinnen. Von der spürbaren Belebung des Konsums wird nun auch der Einzelhandel profitieren. Im Baugewerbe wird die Produktion nicht höher als in diesem Jahr sein; zwar wird das Produktionsniveau des Vorjahres in Ostdeutschland beträchtlich übertroffen, in Westdeutschland wird es aber spürbar unterschritten.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf dieses Jahres nur um 2 vH zunehmen und im Jahresdurchschnitt um 2 1/4 vH. Im Jahre 1996 werden sich diese Raten auf 3 vH bzw. 2 1/2 vH erhöhen. Der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg wird dabei in Westdeutschland leicht höher, in Ostdeutschland etwas geringer ausfallen als in diesem Jahr.

Noch keine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Sommerhalbjahr nicht entspannt. Angesichts der Auf-

wertung der D-Mark sowie der hohen Tarifabschlüsse im Frühjahr haben sich die Ertragsertwartungen der Unternehmen eingetrübt, ihre Einstellungsbereitschaft wurde dadurch gedämpft. In Westdeutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf des Sommerhalbjahres weiter gesunken, der Personalruckgang im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft konnte durch den Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor nicht ausgeglichen werden. In Ostdeutschland hat sich die Ausweitung der Beschäftigung verlangsamt. Nach wie vor steigt die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe und in den Dienstleistungsbereichen; im verarbeitenden Gewerbe geht die Beschäftigung seit Mitte dieses Jahres nicht mehr zurück.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem Frühjahr gestiegen. Die Unternehmen in Westdeutschland fragten weniger Arbeitskräfte nach; in Ostdeutschland nahm zuletzt die Zahl der Beschäftigten in

Tabelle 4:
Arbeitsmarktbilanz
- Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen -

	1993	1994	1995	1996
Deutschland				
Erwerbstätige im Inland	35.213	34.957	34.915	35.095
davon:				
Selbständige	3.533	3.588	3.640	3.680
Abhängig Beschäftigte	31.680	31.369	31.275	31.415
<i>Nachrichtlich:</i>				
Kurzarbeiter	948	372	190	205
Arbeitslose	3.419	3.698	3.600	3.550
Pendlersaldo	0	-4	-20	-25
Erwerbstätige Inländer	35.213	34.953	34.895	35.070
Arbeitslosenquote ^a	8,9	9,6	9,4	9,2
Westdeutschland				
Erwerbstätige im Inland	29.005	28.654	28.475	-
davon:				
Selbständige	3.071	3.086	3.100	-
Abhängig Beschäftigte	25.934	25.568	25.375	-
<i>Nachrichtlich:</i>				
Kurzarbeiter	767	275	120	-
Arbeitslose	2.270	2.556	2.560	-
Arbeitslosenquote ^b	7,3	8,2	8,2	-
Ostdeutschland				
Erwerbstätige im Inland	6.208	6.303	6.440	-
davon:				
Selbständige	462	502	540	-
Abhängig Beschäftigte	5.746	5.801	5.900	-
<i>Nachrichtlich:</i>				
ABM-Beschäftigte	263	280	315	-
Kurzarbeiter	181	97	70	-
Frühverrentete	853	649	370	-
Berufliche Vollzeitweiterbildung	345	240	230	-
Arbeitslose	1.149	1.142	1.040	-
Arbeitslosenquote ^b	15,6	15,3	13,9	-

^a Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose). - ^b Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) im Inland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; 1995 und 1996 Prognose der Institute, Angaben gerundet.

AB-Maßnahmen und die der Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungskursen ab. Außerdem meldeten sich in diesem Jahr deutlich mehr Abgänger aus schulischer oder beruflicher Ausbildung arbeitslos als früher.

Mit der wieder stärkeren Expansion der Produktion wird die Nachfrage nach Arbeitskräften in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zunehmen. In Westdeutschland wird sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf um rund 200.000 erhöhen. In Ostdeutschland schlägt sich das kräftige Wachstum der Produktion ebenfalls in mehr Beschäftigung nieder. Im Verlauf von 1996 wird hier die Zahl der Erwerbstätigen ähnlich stark wie in diesem Jahr steigen.

Die Arbeitslosigkeit geht im Prognosezeitraum infolge der verhaltenen Ausweitung der Beschäftigung nur langsam zurück. Bis Ende dieses Jahres wird sie in West- wie in Ostdeutschland sogar noch etwas steigen. Bei leicht sinkendem Erwerbspotential wird die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf des kommenden Jahres in beiden Landesteilen jeweils um etwa 100.000 abnehmen. In Deutschland insgesamt werden 1996 im Jahresdurchschnitt voraussichtlich 3,55 Mio. Erwerbspersonen ohne Arbeit sein; die Arbeitslosenquote beträgt damit 9,2 vH. Trotz abnehmender Bedeutung bleibt in Ostdeutschland das Gewicht der Arbeitsmarktpolitik groß.

Leistungsbilanzdefizit unverändert

Der Überschuß der Handelsbilanz nimmt in diesem Jahr deutlich zu. Die Exporte steigen stärker als die Importe. Zudem verbessert sich das Austauschverhältnis (Terms of Trade). Aufwertungsbedingt sind seit Frühjahr 1995 die Importpreise rückläufig, während die Ausfuhrpreise weiter, wenn auch verlangsamt zunehmen. Trotz des erwarteten höheren Handelsbilanzüberschusses wird das Defizit der Leistungsbilanz 1995 eine ähnliche Größenordnung wie im vergangenen Jahr aufweisen. Grund hierfür ist zum einen eine verstärkte Passivierungstendenz bei den Dienstleistungen infolge vermehrter Reiseausgaben; zum anderen wird bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen erstmalig ein Fehlbetrag auftreten. Die Übertragungsbilanz wird sich 1995 voraussichtlich nicht weiter verschlechtern. Mit einem Passivsaldo von rund 60 Mrd. DM trägt sie wesentlich zum

Leistungsbilanzdefizit bei; allein die Nettobeitragszahlungen an die EU schlagen hier mit über 30 Mrd. DM zu Buche.

Im nächsten Jahr wird der Zuwachs der Exporte nur wenig größer sein als der der Importe; der Überschuß in der Handelsbilanz wird leicht zunehmen. Selbst bei der erwarteten Abschwächung der Passivierungstendenz im Dienstleistungsverkehr und einem annähernd unveränderten Negativsaldo in der Übertragungsbilanz wird sich 1996 das Leistungsbilanzdefizit nur unwesentlich zurückbilden; mit schätzungsweise 35 Mrd. DM entspricht es etwa 1 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Trotz Steuersenkung weiterer Rückgang des Budgetdefizits 1996

Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahre 1995 ihren Sparkurs fortgesetzt. Allerdings fällt der Anstieg der Ausgaben der Gebietskörperschaften mit reichlich 4 vH höher aus als im Vorjahr;² dies resultiert vor allem daraus, daß die Zinsausgaben infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft sehr kräftig (um 16 Mrd. DM) steigen. Ohne diese Mehrausgaben errechnet sich mit 2¹/₂ vH eine ähnlich geringe Veränderung wie für 1994 (2,1 vH).

Trotz der Sparmaßnahmen der Gebietskörperschaften dürfte der Staatsverbrauch 1995 mit knapp 4 vH etwas rascher als 1994 zunehmen; zu Buche schlagen dabei die kräftigen Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die mit der Einführung der Pflegeversicherung verbundenen Aufwendungen. Die Investitionsausgaben des Staates werden im Westen sinken; im Osten werden sie – begünstigt durch die Verbesserung der Finanzlage vor allem infolge der Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich – deutlich ausgeweitet.

Das Steueraufkommen wird 1995 trotz der Mehreinnahmen infolge der Steuererhöhungen

² Die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt (zum Jahresende 1994) und eines Teils der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft (zur Jahresmitte 1995) in Höhe von insgesamt 235 Mrd. DM auf den Erblastentilgungsfonds wird hier - anders als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung - nicht als Vermögensübertragung des Staates an die Unternehmen berücksichtigt.

(Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags, Anhebung der Versicherungs- und der Vermögensteuer) in Höhe von knapp 30 Mrd. DM nur um 4¹/₂ vH steigen. Entscheidend für diese schwache Zunahme ist, daß frühere Steuerentlastungen – wie die Investitionsförderung in den neuen Bundesländern, die Einkommen- und die Körperschaftsteuer-senkung im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes – noch nachwirken; auch waren die Vorauszahlungen auf die Gewinnsteuern in der Rezession offenbar nur wenig reduziert worden – mit der Folge, daß nun erhebliche Steuererstattungen fällig werden.³

Die Budgetdefizite werden 1995 auf fast allen Ebenen zunehmen und weitaus höher ausfallen als in den Planungen unterstellt. Das Defizit des Staates im umfassenden Sinne, d.h. in finanzstatistischer Abgrenzung bei voller Berücksichtigung der Bundesbankgewinnablieferung als Einnahme des Bundes im Jahre 1994, dürfte um fast 20 Mrd. DM auf 125 Mrd. DM sinken; die Verringerung der Kreditaufnahme resultiert aus dem Wegfall des Defizits der Treuhandanstalt, das sich im Vorjahr auf 37 Mrd. DM belief.

³ Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer wird zusammen 1995 um 10 Mrd. DM unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Die Vorauszahlungen zu diesen Steuern sind zwar seit 1992 tendenziell zurückgegangen, aber nicht in einem Ausmaß, das dem Gewinnverlauf in der Rezession entsprochen hätte. Veranlagungsbedingt mindert dies in Form von Steuererstattungen das Aufkommen in den Jahren 1994 und 1995. Nach Angaben einer Sondererfassung sind allein in fünf Bundesländern die Erstattungen von Einkommen- und Körperschaftsteuer 1994 im Vergleich zu 1993 um 10,8 Mrd. DM gestiegen. Außer den Auswirkungen der Rezession spiegeln sich in diesen Erstattungen die Folgen der Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre, die geänderte Steuertechnik (Einführung des Zinsabschlages), Umgehungen des Solidaritätszuschlages sowie die Nutzung von Steuersparmodellen wider. Das Körperschaftsteueraufkommen wurde zudem noch in erheblichem Umfang durch Sonderausschüttungen von Kapitalgesellschaften vermindert. Diese hatten die im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes geschaffene Möglichkeit genutzt, vor 1990 gebildete Gewinnrücklagen, die mit einem Steuersatz von 56 vH besteuert worden waren, steuermindernd auszuschütten; sie erhielten dabei einen Erstattungsanspruch in Höhe der Differenz zwischen der alten Tarifbelastung und dem Ausschüttungssatz, also 26 vH. Die Kapitalertragsteuer verzeichnete deshalb 1994 und Anfang 1995 einen starken Anstieg; die Anrechnung dieser „Quellensteuer“ minderte das Aufkommen der Einkommensteuer.

Im kommenden Jahr werden die Gebietskörperschaften den Sparkurs beibehalten. Sie werden wie 1995 ihren Personalbestand nochmals verringern; die Lohnanhebung im öffentlichen Dienst dürfte rund 3 vH betragen. Der Staatsverbrauch insgesamt wird voraussichtlich etwas stärker als im Jahre 1995 ausgeweitet werden; insbesondere durch die Einbeziehung der stationären Pflege in die Leistungen der Pflegeversicherung entstehen erhebliche Mehraufwendungen.

Der Anstieg der Transfers an die privaten Haushalte wird sich 1996 nochmals deutlich, auf rund 2,5 vH, verringern.⁴ Bedeutsam ist dabei, daß die Altersrenten im Westen wie im Osten weniger stark angehoben werden, nachdem im laufenden Jahr die beträchtlich gestiegenen Abgaben die Arbeitseinkommen gemindert haben. Zudem werden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung konjunkturbedingt sinken. Die öffentlichen Investitionen werden 1996 nur wenig erhöht. Dabei wird die Entwicklung in den neuen Bundesländern positiver als im früheren Bundesgebiet verlaufen; hier dürfte die angespannte Finanzlage viele Gemeinden zu Kürzungen der Investitionsausgaben veranlassen. Die Staatsquote wird im Jahre 1996 – bereinigt um die Umstellung der Buchungstechnik beim Kindergeld – um 0,8 Prozentpunkte auf 49¹/₂ vH abnehmen; sie wird damit aber immer noch um 4 Prozentpunkte höher sein als vor der deutschen Vereinigung.

Die Steuereinnahmen werden auch im kommenden Jahr weit hinter den bisherigen Ansätzen der Finanzplanung zurückbleiben. Die um die Wirkung der Steuerrechtsänderungen bereinigten Mindereinnahmen in Höhe von reichlich 20 Mrd. DM beruhen zu einem Drittel darauf, daß die wirtschaftliche Entwicklung ungünstiger als erwartet verläuft. Der Anstieg des Steueraufkommens wird durch Entlastungen erheblich gedämpft. Entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1992 wird das Existenzminimum nach einer einheitlichen Regelung, die das seit 1993 geltende Provisorium ersetzt, nicht mehr

⁴ Aufgrund der im Jahressteuergesetz 1996 getroffenen Regelungen zur Verbesserung des Familienleistungsausgleichs wird das Kindergeld bei steuerpflichtigen Eltern ab 1996 aus dem Einkommensteueraufkommen geleistet. Berücksichtigt man diesen buchungstechnischen Effekt, dann errechnet sich ein Rückgang der Transfers von 0,5 vH.

Tabelle 5:
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1994	1995	1996	1994	1995	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt ^a (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	2,9	2¼	2½	2,4	2	8,5	6½
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	34.957	34.915	35.095	28.654	28.475	6.303	6.440
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.698	3.600	3.550	2.556	2.560	1.142	1.040
Arbeitslosenquote ^c (in vH)	9,6	9,4	9,2	8,2	8,2	15,3	13,9
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	2,8	2,0	2,0	2,7	2,0	3,7	2,0
Lohnstückkosten ^e (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	- 0,6	1,5	2,5	- 1,0	1,0	- 0,4	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{f,g} (Mrd. DM)							
einschl. Treuhandanstalt	- 123,9	- 109,5	- 94,0	-	-	-	-
ohne Treuhandanstalt	- 86,8	- 109,5	- 94,0	-	-	-	-
Leistungsbilanzsaldo ^h (Mrd. DM)	- 34,2	- 37,0	- 35,0	-	-	-	-

^a In Preisen von 1991. - ^b Im Inland. - ^c Deutschland: Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose); West- und Ostdeutschland: Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen im Inland (Erwerbstätige und Arbeitslose). - ^d West- und Ostdeutschland: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Deutschland: Preisniveau des privaten Verbrauchs. - ^e Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt. - ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. 1995 einschließlich Erblastentilgungsfonds. - ^g 1995 ohne Berücksichtigung der auf den Erblastentilgungsfonds übertragenen Schulden der Treuhandanstalt in Höhe von 204 Mrd. DM und des übertragenen Teils der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 31 Mrd. DM. - ^h In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; 1995 und 1996 Prognose der Institute, Angaben gerundet.

durch die Einkommensteuer belastet; dies dürfte zu Steuermindereinnahmen in Höhe von 14 Mrd. DM führen. Zudem wird die finanzielle Lage der Familien durch die Aufstockung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen um 9 Mrd. DM verbessert. Um die Haushaltsbelastungen aus dem Jahressteuergesetz 1996 zu begrenzen, werden einige Steuervergünstigungen abgebaut. Per saldo beläuft sich die Senkung der direkten Steuern auf rund 21 Mrd. DM. Hinzu kommen Steuerausfälle in Höhe von 6 Mrd. DM, weil der Kohlepfeffig, nachdem er vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist, nicht mehr erhoben wird. Insgesamt werden die Steuereinnahmen

– ebenfalls bereinigt um die Umstellung der Buchungstechnik beim Kindergeld – ihr Vorjahresniveau nur um knapp 3 vH überschreiten.⁵

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung werden 1996 rascher als im laufenden Jahr zunehmen. Zum einen steigen die Bemessungsgrundlagen konjunkturbedingt stärker als 1995. Zum anderen werden die Beitragssätze in der Renten- und der Pflegeversicherung erhöht; die Beitragsbelastung dürfte im Jahresdurchschnitt um knapp einen Prozentpunkt höher sein als 1995. Die Steuer- und

⁵ Berücksichtigt man das bisherige Kindergeld als Minderabgabe, so beträgt die Zunahme 0,5 vH.

Abgabenquote, die im laufenden Jahr mit fast 44 vH einen neuen Höchststand erreicht, wird – ohne den aufkommensmindernden Effekt durch die neue Verbuchung von Kindergeld – kaum sinken.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden dagegen nur schwach expandieren. Niedrigere Zinserträge sowie Abschreibungen auf die Währungsreserven lassen den Bundesbankgewinn des Jahres 1995 und die Gewinnabführung der Bundesbank im Jahre 1996 voraussichtlich auf 8,5 Mrd. DM schrumpfen; sie ist damit um knapp 2 Mrd. DM niedriger als im laufenden Jahr. Insgesamt werden

die Einnahmen des Staates im Jahre 1996 um 3 vH zunehmen.

Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dürfte trotz der Steuersenkungen um 15 Mrd. DM auf 94 Mrd. DM bzw. um 0,4 Prozentpunkte auf 2,6 vH des Bruttoinlandsprodukts sinken. Das im Vertrag von Maastricht festgelegte Defizitkriterium wird damit ebenso wie das Schuldenstandskriterium erfüllt. In finanzstatistischer Abgrenzung wird sich das Budgetdefizit um 6 Mrd. DM auf 119 Mrd. DM verringern.

Die Herausforderung der deutschen Einigung: Fünf Jahre danach

Fünf Jahre nach der politischen Einigung Deutschlands steht die Wirtschaftspolitik in vieler Hinsicht vor einem Wendepunkt. In den neuen Bundesländern ist die Eingewöhnung in die gesetzlichen und institutionellen Bedingungen einer Marktwirtschaft weit vorangekommen, und die Privatisierung der Betriebe ist praktisch abgeschlossen. In den alten Bundesländern hat einerseits die einigungsbedingte Ausweitung der Defizite der öffentlichen Haushalte einer Konsolidierung der staatlichen Finanzen durch Steuer- und Abgabeanhebungen sowie der Einschränkung öffentlicher Ausgaben Platz gemacht; andererseits ist die im Anschluß an den Einigungsboom eingetretene Rezession überwunden. Eine Rückkehr zu normalen zyklischen Mustern ist zu beobachten. Vielfach wird aus diesen Entwicklungen der Schluß gezogen, den wirtschaftlichen Aspekten der deutschen Einigung sei damit weitgehend Rechnung getragen, der Aufholprozeß in Ostdeutschland sei auf die Schiene gesetzt und einem Abbau der öffentlichen Transfers von West nach Ost stünde damit nichts mehr im Wege. Das ist ein Trugschluß. Die Stabilisierung des Aufholprozesses der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Wirtschaft wird gerade in den kommenden Jahren die besondere Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik verlangen.

In der Öffentlichkeit entsteht allzu leicht der Eindruck, Ostdeutschland sei eine besonders dynamische Region, weil sie die höchsten Wachstumsraten in Europa aufweist. Es ist aber sehr problematisch, allein aus hohen Wachstumsraten auf eine eigenständige Dynamik zu schließen. Ein Blick auf die Konstitution der Wirtschaft in Ostdeutschland zeigt noch zu viele Schwachpunkte, um die Erwartung eines sich selbsttragenden Wachstums zu rechtfertigen, sollten die Transfers abgebaut werden.

Nach drei Jahren kräftigen Wachstums gibt es in den neuen Bundesländern erste Anzeichen für ein Nachlassen des Aufholtempos. Die Bauwirtschaft, in der Anfangsphase der Träger der Belebung, verliert merklich an Dynamik, da im gewerblichen und öffentlichen Bereich nach den hohen Investitionen der Anlaufphase offenbar nicht mehr ausreichend viele Folgeprojekte geplant sind. Die Zuwachsraten in der Industrie sind zwar noch hoch, doch auch hier machen sich die konjunkturelle Verlangsamung in Westeuropa und die Aufwertung der D-Mark bemerkbar; die Ankoppelung an die Grundmuster der westdeutschen Entwicklung wird immer deutlicher. In diesem Jahr dürfte Ostdeutschland eine Wachstumsrate von 6½ vH erreichen, im kommenden Jahr dürfte sie etwas geringer sein. Schon jetzt setzt sich die noch 1994

zu beobachtende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt nicht im gleichen Ausmaß fort.

Der Wettbewerbsrückstand der Wirtschaft in den neuen Bundesländern gegenüber der im Westen ist noch immer erheblich und hat sich 1994 und 1995 nicht weiter vermindert. Die Lohnstückkosten liegen um ein gutes Drittel über dem Niveau in Westdeutschland, und selbst in der Industrie, in der durch Arbeitsplatzabbau und Rationalisierung erhebliche Produktivitätsfortschritte realisiert werden konnten, sind sie noch nicht auf Westniveau gesunken. Korrelat des Wettbewerbsrückstandes ist der Gewinnrückstand. Die Lohnquote, also der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, liegt in diesem Jahr noch bei 90 vH im Vergleich zu 70 vH in Westdeutschland. Nach Umfragen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle hat sich die Ertragssituation in der Bauwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe zuletzt nicht mehr verbessert. Nur etwa die Hälfte der Bauunternehmen und knapp ein Drittel der Unternehmen in der Industrie machen Gewinne. Das Risiko ist groß, daß das Tempo der Umstrukturierung und des Neuaufbaus in Ostdeutschland bald an Schwung verliert und damit den Aufholprozeß, der eine größere Dynamik in Ost- als in Westdeutschland verlangt, gefährdet.

Die hohen Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den vergangenen Jahren sind kein Indiz für eine eigenständige Dynamik, sondern vorwiegend das Ergebnis von spezifischen Bedingungen der Aufbauphase nach einem tiefen Einbruch und des Anschießens der Produktion mit staatlicher Hilfestellung. Der Staat hat durch vielfältige Programme auf Bundes- und Länderebene Anreize für private Investoren gegeben, sich in Ostdeutschland zu engagieren. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch die rasche Privatisierung des größten Teils der Betriebe durch die Treuhandanstalt. Die meisten Betriebe wurden mit Investitions- und Arbeitsplatzaufgaben verkauft, deren Einhaltung in einem bestimmten Zeitraum kontrolliert wird. In der Regel begannen die Investoren sofort mit der Umsetzung dieser Aufgaben, so daß ein Großteil dieser Investitionen inzwischen durchgeführt oder doch zumindest begonnen worden ist. Auch an diesen Investitionen dürfte sich der Staat respektive die Treuhandan-

stalt in Form von Zuschüssen oder Nachlässen beim Kaufpreis in den meisten Fällen beteiligt haben. Das ist nicht zu beklagen, sondern nur zu konstatieren: Wenn der Staat eine bestimmte Investitionssumme zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Region unabhängig von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen induzieren will, muß er dafür finanzielle Anreize geben.

Die staatliche Förderung war darauf ausgelegt, „Zeit zu kaufen“, also den Umstrukturierungsprozess sozial verträglich zu machen. Dazu wurden einerseits Schrumpfungsprozesse verzögert, und andererseits wurde der Neuaufbau in der Hoffnung beschleunigt, nach einer Übergangszeit werde die Wirtschaft in Ostdeutschland auf eigenen Füßen stehen und – noch wichtiger – laufen können. Nach fünf Jahren ist festzustellen, daß die (gekaufte) Zeit nicht gereicht hat. Damit stellt sich die Frage nach dem Abbau der Transfers in einem anderen Licht.

Die gesamten Transfers von West- nach Ostdeutschland unter Einschluß des Defizits der Treuhandanstalt verharrten in den letzten drei Jahren bei einem Wert von etwa 200 Mrd. DM. Das aber bedeutet unzweifelhaft, daß diejenigen staatlichen Hilfen, die unmittelbar dem Aufbau des Kapitalstocks in den neuen Bundesländern zugute kommen, sinken. Zum einen nimmt bei Wachstum der Einkommen und steigenden Preisen der Realwert einer konstanten Summe von staatlichen Leistungen ab. Eine Mark an Investitionsförderung schiebt ein immer geringeres Investitionsvolumen an. Zum anderen sind viele Transfers dynamisiert; ihr Wert orientiert sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung in Ostdeutschland. Das gilt vor allem für Leistungen der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und für die Sozialhilfe. Die konsumtiv verwendeten Transfers dürften – bei gestiegener Personenzahl – in den letzten Jahren ihren Realwert zumindest gehalten haben, während der der Investitionshilfen gesunken ist. Ein solcher Rückgang des Realwertes der Investitionsförderung müßte über eine größere Effektivität der Förderung ausgeglichen werden. Dafür aber gibt es wenig Anhaltspunkte. Lediglich die Tatsache, daß sich die Rentabilität von Investitionen in Ostdeutschland trotz der insgesamt unzureichenden Gewinne seit 1990 leicht verbessert hat,

Tabelle 6:
 Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland
 - in Mrd. DM -

	1991	1992	1993	1994	1995
Finanztransfers der Gebietskörperschaften^a	112,0	133,0	154,5	146,5	161,5
Fonds „Deutsche Einheit“	35,0	36,0	36,5	36,0	-
Nettotransfer des Bundes ^b	66,0	85,5	106,5	99,5	113,5
Umsatzsteuerausgleich Länder	11,0	11,5	11,5	11,0	-
Neuregelung des Finanzausgleichs	-	-	-	-	48,0
Finanztransfers der Sozialversicherungen	21,5	29,0	24,0	33,5	32,5
Arbeitslosenversicherung	21,5	24,5	15,0	19,5	17,5
Rentenversicherung	0,0	4,5	9,0	14,0	15,0
Öffentliche Transfers insgesamt	133,5	162,0	178,5	180,0	194,0
<i>Nachrichtlich:</i>					
Budgetdefizit der Treuhandanstalt	19,9	29,6	38,1	37,1	-

^a Ohne Verwaltungshilfen der Länder und Gemeinden, ohne Mindereinnahmen in Westdeutschland durch Inanspruchnahme von Investitionszulagen für Investitionen in den neuen Bundesländern, ohne Zinssubventionen für ERP-Kredite. - ^b Ab 1995 einschließlich der Zinsausgaben für die bis Ende 1994 kumulierten Schulden der Treuhandanstalt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Treuhandanstalt; Berechnungen der Institute; 1995 Prognose der Institute, Angaben gerundet.

spricht dafür. Bei steigender Rentabilität können im allgemeinen mit der gleichen Fördersumme mehr Projekte angestoßen werden. Dieser Effekt dürfte aber in Ostdeutschland schwach sein. Er kann die gegenläufigen Auswirkungen der übrigen genannten Faktoren wohl nicht ausgleichen.

Aufs Ganze gesehen muß davon ausgegangen werden, daß bei unveränderter Transfersumme der wichtigste Teil, die Investitionsförderung, an Gewicht verliert. Das wäre unproblematisch, wenn gleichzeitig am Markt mehr Gewinnchancen entstünden, die diesen Effekt ausglich oder sogar überkompensierten. Das ist jedoch weder in diesem noch im nächsten Jahr zu erwarten, da die Löhne weiter stark steigen. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme wird 1995 um 9 vH und 1996 um 8½ vH zunehmen. Dahinter bleibt der zu erwartende Produktivitätsanstieg so weit zurück, daß eine Verbesserung der Gewinnsituation praktisch ausgeschlossen ist. Da Lohnzuwächse in der Größenordnung von 7 bis 8 vH gerade in der Gründungsphase eines Unternehmens nur in wenigen Fällen verkraftet werden können, werden viele

Neugründungen unterlassen, oder die Unternehmen bleiben klein; bei den schon bestehenden Unternehmen zeigt sich Eigenkapitalmangel. In einer Wirtschaft mit derart schwacher Konstitution ist bei verminderten Transfers unmittelbar mit geringeren Wachstumsraten zu rechnen. Auch der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt dann nicht weiter voran.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes und die unzureichende Gewinnentwicklung waren von Anfang an die schwächsten Punkte der Transformation der Wirtschaft in Ostdeutschland. Weil die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den neuen und den alten Bundesländern als rasche Angleichung der Einkommen derer, die Arbeit haben, verstanden wurde, zählen vor allem die Arbeitslosen und die Unternehmen zu den Verlierern. Eine Zeitlang kann der Staat die damit verbundenen Probleme überdecken, auf Dauer ist er überfordert. Fünf Jahre nach der Einigung ist dieses zentrale Problem ungelöst: Wie können die Einkommen der Erwerbstätigen und die an die allgemeine Einkommensentwicklung gekoppelten Lohnersatzlei-

stungen und die Renten so in Übereinstimmung mit der Produktivitätsentwicklung gebracht werden, daß sich normale Gewinnrelationen herausbilden?

Die starken Lohnsteigerungen haben sich als die Achillesferse der ostdeutschen Wirtschaft erwiesen. Die Institute hatten schon in ihrem Gutachten vom Frühjahr 1990 darauf hingewiesen, daß nach der absehbaren Einführung der D-Mark in der DDR und ihrer Öffnung für die internationale Arbeitsteilung das Lohnniveau zur entscheidenden gesamtwirtschaftlichen Größe werde. Sie hielten selbst ein Lohnniveau, das um die Differenz der bisherigen Produktivitätsunterschiede geringer als in Westdeutschland sei, für wesentlich zu hoch. Viele Güter hätten in der DDR Absatz nur unter den Bedingungen der Autarkie gefunden; weil aber viele Produktionen schlagartig aufgegeben werden müßten, würde die gesamtwirtschaftliche Produktivität zunächst deutlich sinken. Um möglichst viele Arbeitsplätze in der Übergangszeit zu erhalten und den Umstellungsprozeß der Betriebe auf neue Fertigungen zu erleichtern, wurde empfohlen, die Tarifverhandlungen auf Betriebs-ebene zu führen und sich darauf zu konzentrieren, eine tragfähige Kostenbasis für die Unternehmen zu schaffen.

Die Gemeinschaftsdiagnosen der Wirtschaftsforschungsinstitute durchzog in den vergangenen fünf Jahren wie ein roter Faden die Warnung vor der Illusion, man könne auch auf lange Sicht die „...Teilung Deutschlands vor allem durch Teilen, also eine Einkommensumverteilung von West nach Ost überwinden“. Dagegen wurde immer die Position bezogen, entscheidend für eine wirkliche Überwindung der Teilung sei das „... Entstehen von Einkommen durch Produktion in Ostdeutschland, zu dem es freilich zunächst auch öffentlicher Transfers bedarf“ (Gemeinschaftsdiagnose Herbst 1991).

Diese Empfehlung hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Sie ist sogar noch wichtiger geworden, weil die Möglichkeiten des Staates, „Zeit zu kaufen“ und damit den Anpassungsdruck zu mildern, drastisch abnehmen. Schon im Frühjahr 1991 hatten die Institute festgestellt: „Wo es darum geht, ‘Zeit zu kaufen’, also den Anpassungsdruck abzumildern, muß dieser Zeitraum klar definiert werden, wenn es nicht lediglich darauf hinauslau-

fen soll, im Prozeß der Umstrukturierung Zeit zu verlieren“ (Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 1991). Nach fünf Jahren ohne eine klare Definition des Förderzeitraumes gerät die Politik in ein Dilemma. Einerseits kann sie sich nicht verpflichten, nochmals einen Übergangszeitraum zu „kaufen“, ohne daß es klare Vorstellungen darüber gibt, wie in diesem Zeitraum die vollständige Anpassung an das Wettbewerbs- und Gewinnniveau des Westens gelingen soll. Andererseits ist das bloße Setzen auf die Einsicht der Tarifpartner heute weniger glaubwürdig als vor fünf Jahren. Der Anpassungsdruck ist schwächer, weil ein ähnlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit wie zu Beginn der Transformation nicht mehr droht, und die Glaubwürdigkeit einer harten Position des Staates ist geringer, weil er bereits einmal die Gesamtverantwortung für die Entwicklung in Ostdeutschland übernommen hat.

Darüber hinaus brächte die nochmalige Erhöhung der Transfers kaum zu lösende ökonomische Probleme mit sich. Eine Subventionierung von Investitionen, die quantitativ ähnliche Effekte hätte wie in der Anlaufphase des Umstrukturierungsprozesses und im Rahmen der Privatisierung, ist kaum vorstellbar. Dabei müßten große Risiken vom Staat übernommen werden, und es wären massive Fehlallokationen zu befürchten, von der Problematik der Genehmigung solcher Beihilfen durch die Europäische Kommission ganz abgesehen. Hinzu kommt, daß die Aufstockung von Transfers für Ostdeutschland in Westdeutschland – wo deren Abbau diskutiert und erhofft wird – auf enorme Akzeptanzprobleme stieße.

Friert die Bundesregierung die Transfers aber auf dem derzeit erreichten Niveau ein, muß dafür Sorge getragen werden, daß die Effizienz der Transfers zunimmt. Dazu gehört zwar auch die Optimierung des Instrumentariums, also dessen Durchforstung und Vereinfachung. Das allein aber wird nicht ausreichen. Um mehr Mittel für die Förderung der Investitionstätigkeit bei insgesamt konstanter Transfersumme zu gewinnen, wäre eine gewisse Abkoppelung der nicht-investiven Transferleistungen von der allgemeinen Einkommensentwicklung in Ostdeutschland nicht zu vermeiden. Renten und Sozialleistungen müßten weniger stark steigen als bisher, so daß die Auszehrung der investiv verwendeten Mittel zumindest verlangsamt würde.

Alle diese Varianten zeigen, daß ein politischer Kraftakt notwendig sein wird, um die Fortsetzung des Aufholprozesses in Ostdeutschland über das kommende Jahr hinaus zu gewährleisten. Doch selbst wenn dieser Kraftakt gelingen sollte, wird auch nach weiteren fünf Jahren das Problem des Wettbewerbsrückstandes in Ostdeutschland wohl kaum gelöst sein, falls es bei dem jetzt vorherrschenden Tempo der Lohnsteigerungen bleibt. Erst wenn das Tariflohnniveau in Ostdeutschland dem in Westdeutschland entspräche und dort die gleichen Lohnerhöhungen wie in Westdeutschland zu erwarten wären, änderte sich das Bild. Sofern sich

dann in Ostdeutschland noch immer weit höhere Produktivitätszuwächse realisieren ließen als im Westen, könnte die Rentabilität auf ein marktwirtschaftlichen Bedingungen entsprechendes Niveau steigen. Ohne eine großzügige Förderung der Investitionstätigkeit auch nach Beendigung der Lohnangleichung dürfte das aber nicht zu erreichen sein. Folglich ist der Zeitraum, in dem Förderung notwendig ist, in einem solchen Szenario sehr groß. Das unterstreicht noch einmal, wie wichtig auch jetzt noch die Streckung der Lohnangleichung ist.

Wirtschaftspolitik in Deutschland

Nach der Abschwächung in diesem Jahr wird der Aufschwung im kommenden Jahr etwas mehr Fahrt aufnehmen. Größere Risiken für die Konjunktur zeichnen sich dabei nach dem Urteil der Institute nicht ab. Ebenso spricht aber aus heutiger Sicht auch nichts dafür, daß der Aufschwung besondere Dynamik entfaltet. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird nur wenig über den des Produktionspotentials hinausgehen, und dies erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres. Zwar dürften dann auch die Ausfuhren wieder recht deutlich expandieren; die Belebung der Konjunktur im kommenden Jahr geht aber vor allem auf die beschleunigte Ausweitung des privaten Verbrauchs zurück. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird dagegen zunächst nur geringe Kraft entfalten und nicht ausreichen, um das Wachstum des Produktionspotentials zu verstärken.

Für die Wirtschaftspolitik bedeutet dies große Herausforderungen. Die Zunahme des Konsums ist nicht das Ergebnis eines sich mit der wirtschaftlichen Belebung verstärkenden Anstiegs der Zahl der Beschäftigten und der Einkommen, sondern resultiert im wesentlichen aus verteilungspolitisch motivierten Steuersenkungen sowie aus der Abschaffung des Kohlepfennigs. Die Konjunktur dürfte insofern nur vorübergehend angeregt wer-

den. Damit sich das konjunkturelle Tempo über das kommende Jahr hinaus erhöhen und die Wirtschaft dauerhaft rascher wachsen kann, muß sich eine anhaltende Investitionsdynamik bei den Unternehmen entwickeln. Dazu ist es erforderlich, daß die Gewinnaussichten als nachhaltig gut empfunden werden.

Im Zuge der deutschen Vereinigung haben die Investitionen der Unternehmen, gemessen an ihrer Wertschöpfung, ein – in Westdeutschland – kaum zuvor erreichtes Niveau erlangt. Dazu haben die Subventionen, die für investive Zwecke in den neuen Bundesländern geleistet worden sind, einen großen Teil beigetragen. Sie dienten gleichzeitig zum Ausgleich der Nachteile, die Investoren dort hatten. Auch in Westdeutschland sind die Investitionen zu Beginn der neunziger Jahre sehr stark gestiegen. Die deutsche Vereinigung war zwar ein einmaliges Ereignis. Die Beobachtungen belegen aber insgesamt, daß die Investitionsneigung der Unternehmen kräftig zunimmt, wenn sich die Gewinnaussichten entsprechend verbessern. Nichts spricht a priori dagegen, daß die Investitionstätigkeit der Unternehmen dauerhaft so hoch sein kann wie in den Jahren 1991 und 1992.

Die Voraussetzungen dafür sind aber nur zum Teil gegeben. Die Investitionen der Unternehmen haben sich in der zurückliegenden Rezession als

vergleichsweise robust erwiesen, und ihre Investitionsquote ist auf einem Niveau verblieben, das deutlich höher ist als es in ähnlichen konjunkturellen Phasen früher der Fall war. Dies deutet darauf hin, daß sich die Rentabilität der Sachanlagen im Vergleich zu der von Finanzanlagen in der Sicht der Unternehmen weniger ungünstig darstellt als in der ersten Hälfte der achtziger und zur Mitte der siebziger Jahre. Außerdem haben sich die Gewinne seit der Rezession beträchtlich verbessert, und mit dem fortgesetzten Aufschwung haben sich auch die Ertragsersparungen in der Tendenz aufgehellt. Immer wieder hat es aber Ereignisse gegeben, die bei den Unternehmen Irritationen ausgelöst haben. Im zurückliegenden Jahr ist der Kapitalmarktzins deutlich gestiegen; das hatte die Besorgnis ausgelöst, Investoren und Verbraucher könnten schon mit wieder zunehmenden Finanzierungskosten konfrontiert sein und der Aufschwung werde erlahmen, bevor er sich voll entfaltet habe. Nachdem der Kapitalmarktzins erneut zu sinken begonnen hatte, kam es im März dieses Jahres für eine so frühe Phase der Erholung zu unerwartet hohen Lohnabschlüssen. Schließlich setzten die Turbulenzen auf den Devisenmärkten ein, die bis zum Sommer eine beträchtliche reale Höherbewertung der D-Mark mit sich brachten.

Inzwischen hat sich die Höherbewertung teilweise zurückgebildet. Auszuschließen ist aber nicht, daß die für die Investoren überraschenden Entwicklungen im vergangenen und in diesem Jahr in ihrem Kalkül nachwirken und sie bei ihren Investitionen zögern lassen. Hier ist die Wirtschaftspolitik gefordert, die Erwartungen der Investoren stabilisierend zu beeinflussen und ihrerseits die Verbesserung der Gewinnaussichten zu fördern. Die Geldpolitik hat dazu beigetragen. Die Deutsche Bundesbank hat die Leitzinsen – bis zuletzt – in dem Maße gesenkt, wie es mit einer Verringerung des Preisauftriebs zu vereinbaren war.

Die Lohnpolitik muß einen Kurswechsel vollziehen. Die Tarifvertragsparteien sollten erkennen lassen, daß die Abschlüsse in diesem Jahr keinesfalls die Richtschnur für die Vereinbarungen im kommenden sein werden. Die Abschlüsse vom Frühjahr des laufenden Jahres belasten die Erträge und die Ertragsaussichten der betroffenen Unternehmen erheblich; sie werden der nach wie vor äußerst schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt

nicht gerecht. Die Bundesregierung und die Länderregierungen beabsichtigen auf Verlangen einiger Tarifvertragsparteien, mit der sogenannten Entsenderichtlinie die Löhne in Deutschland tätiger ausländischer Arbeitskräfte auf ein hier tarifvertraglich vereinbartes Niveau anzuheben. Die Institute sehen in der geplanten Maßnahme nicht zuletzt einen Ausdruck der Resignation angesichts der hartnäckig hohen Arbeitslosigkeit. Sie halten diese Resignation jedoch für unangebracht.

Die Institute teilen auch nicht die Meinung, das Wachstum der Wirtschaft ließe sich nicht dauerhaft beschleunigen und die Zahl der Arbeitsplätze sich nicht kräftig steigern. Beides, die Auffassung, die Arbeitslosigkeit werde wohl hoch bleiben müssen, und die Ansicht, das Wachstumstempo könne über jährlich etwa 2½ vH nicht hinausgehen, droht sich zu verfestigen. Dazu trägt auch die Finanzpolitik bei. Sie muß mehr als in der Vergangenheit von der Überzeugung getragen sein, daß sich die Senkung von Abgaben für die Unternehmen und die privaten Haushalte in rascherem Wachstum der Wirtschaft auszahlt, einem Wachstum, das beträchtlich kräftiger sein kann als jenes, das der verbreiteten Vorstellung entspricht und, weil es allen Haushaltsplanungen zugrunde liegt, selbst zur Wachstumsbremse wird. Die Finanzpolitik hat in der jüngeren Zeit auf die Erwartungen der Unternehmen eher destabilisierend gewirkt; diskutiert wurden die verschiedensten Möglichkeiten zusätzlichen Zugriffs auf die Einkommen. Immer wieder ist es zu weiteren Abgabenerhöhungen gekommen. Mit der angekündigten „symmetrischen“ Finanzpolitik könnte sich hier allerdings eine Wende ergeben.

Eine Wende ist um so dringlicher, als der wirtschaftliche Aufholprozeß in den neuen Bundesländern zwar angeschoben ist, sich aber bei weitem noch nicht so gekräftigt hat, daß nun auf die Eigendynamik gesetzt werden könnte. Finanzielle Hilfen werden noch für nicht wenige Jahre erforderlich sein, und ob sie schon bald deutlich geringer als bisher sein können, ist zweifelhaft. Die Finanzpolitik muß deshalb verstärkt das Entstehen von Einkommen fördern; die Einkommensumverteilung und die konsumtiven Ausgaben müssen zurückgedrängt werden. Die Politik muß sich die vorrangige Aufgabe setzen, die Belastung mit Steuern und anderen Abgaben zu vermindern.

Dazu muß es auch bei den Lohnnebenkosten, die ein großes Gewicht erreicht haben, zu einer Tendenzumkehr kommen. Verfestigt sich bei Unternehmen und Arbeitnehmern die Erwartung, daß die Belastung der Einkommen dauerhaft hoch bleiben wird, dann kommen der Investitionsprozeß und das Schaffen von Arbeitsplätzen nicht in Gang, die auch eine entscheidende Voraussetzung dafür sind, daß die Hilfen für die neuen Bundesländer nach und nach als weniger drückend empfunden werden.

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts soll die Europäische Währungsunion verwirklicht werden. In welchen Schritten sie vollzogen wird, wie die Modalitäten der Umstellung vom nationalen auf das gemeinsame Geld sein sollen, zu welchen Wechselkursrelationen die Umstellung erfolgen soll und welche Länder schließlich an der Währungsunion teilnehmen sollen, ist bisher weitgehend ungeklärt. Für viele Unternehmen sind dies aber Fragen, die für ihre Entscheidungen sehr bedeutend sein können, sei es, daß die zeitliche Verwirklichung ihrer Investitionspläne von ihnen abhängen kann, sei es, daß die Wahl des Standortes oder die geschäftliche Organisation davon betroffen sind. Solange die politischen Entscheidungen hier in der Schwebe sind, können sich immer wieder Irritationen ergeben, die zu Attentismus führen und dämpfend auf das wirtschaftliche Wachstum und das Entstehen von Arbeitsplätzen wirken. Es besteht dann auch die Gefahr, daß im Urteil der Unternehmen und der Bürger die Europäische Währungsunion von vornherein mit mehr Nach- als Vorteilen verbunden wird.

Finanzpolitik

Die Finanzpolitik stand in den Jahren seit der deutschen Vereinigung im Zeichen kräftig zunehmender Belastungen von Unternehmen und privaten Haushalten mit Steuern und anderen Abgaben. Die Abgabenquote – Steuern und Sozialbeiträge bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt – wird sich trotz des gedämpften Anstiegs der staatlichen Ausgaben auch 1995 und 1996 nicht verringern. Denn nachdem das Defizit in den öffentlichen Haushalten sich zunächst sprunghaft vergrößert hatte, dominieren in jüngerer Zeit die Bemühungen, den Fehlbetrag zu verringern. Zu diesem

Zweck sind 1995 der Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer wieder eingeführt und die Versicherung- und die Vermögensteuer angehoben worden.

Tatsächlich sind die Budgetdefizite zurückgeführt worden. In diesem und im kommenden Jahr werden sie jedoch deutlich größer sein, als bei Verabschiedung der Haushalte angenommen. So wird die Finanzierungslücke im Bundeshaushalt 1995 den Betrag von 60 Mrd. DM, der zugrunde gelegt worden war, spürbar überschreiten. Das ist jedoch nicht auf eine veränderte Haushaltspolitik zurückzuführen. Vielmehr sind hier zum einen konjunkturelle Gründe und zum anderen Verhaltensänderungen der privaten Haushalte und Unternehmen als Reaktion auf gesetzliche Änderungen bestimmend. Es handelt sich im großen und ganzen um vorübergehende Überschreitungen der angesetzten Defizite, denen geringere Fehlbeträge folgen werden. Der Kurs der Finanzpolitik, den die Institute freilich aus anderen Gründen kritisieren, sollte insofern beibehalten werden, um konjunkturelle Schwankungen nicht zu verstärken, wie es bei Gegensteuern gegen die Defizitzunahme der Fall wäre. Im übrigen erwarten die Institute ohnehin geringere Abweichungen von den Planzahlen als sie jetzt genannt worden sind.

Die Bundesregierung strebt an, die Abgabenquote auf mittlere Frist deutlich zu senken. Im Rahmen einer „symmetrischen“ Finanzpolitik soll nach ihren Vorstellungen die Staatsquote – die Staatsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – bis zum Ende des Jahrzehnts durch einen nachhaltig gedämpften Anstieg der Ausgaben um rund 5 Prozentpunkte vermindert werden. Die Einsparungen sollen jedoch nur etwa zur Hälfte zur Rückführung der Abgabenquote genutzt werden. Die Einnahmen würden damit deutlich rascher als die Ausgaben steigen, und es ergäbe sich die Möglichkeit, das Budgetdefizit in der Größenordnung der anderen Hälfte der Einsparungen zu verringern, bis zum Ende der neunziger Jahre also weitgehend abzubauen.

Die angestrebte Senkung der Staatsquote kann nur realisiert werden, wenn die Staatsausgaben in den kommenden fünf Jahren um durchschnittlich rund 2 Prozentpunkte langsamer expandieren als das Bruttoinlandsprodukt. Das erfordert von der Finanzpolitik beträchtliche Anstrengungen. Die

Aufgabe, vor der sie steht, läßt sich um so eher lösen, je stärker die Wirtschaft wächst. Der beabsichtigte Kurs in der Finanzpolitik würde das Wachstum ohne Zweifel anregen. So würden die Steuern und die sonstigen Abgaben in ungefähr dem Umfang gesenkt, in dem sie seit der Vereinigung durch die verschiedenen Maßnahmen angehoben worden sind; bezogen auf das Abgabenvolumen in diesem Jahr ergäbe sich eine Entlastung für die Unternehmen und die privaten Haushalte um etwa 110 Mrd. DM bzw. 3 vH des Bruttoinlandsprodukts. Der Kurs der Finanzpolitik bedeutete, daß sich die Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat merklich verringert und mehr Raum für private Dispositionen geschaffen wird. Allerdings ist bislang weitgehend offen, welche Ausgaben des Staates künftig weniger steigen oder sogar zurückgenommen werden sollen und auf welche Weise die Abgabenbelastung im einzelnen vermindert werden soll. Hier sind Entscheidungen zu treffen, die wesentlich darüber bestimmen, in welchem Maße das wirtschaftliche Wachstum angeregt werden wird.

Bei der Rückführung der Staatsquote sollte Richtschnur sein, daß Ausgaben dort zu begrenzen sind, wo der konsumtive Charakter überwiegt oder der Staat sich solcher Aufgaben angenommen hat, die im Zweifel den Privaten überlassen werden können, auch wenn dies von ihnen vermehrt eigene Anstrengungen verlangt und deshalb häufig auf Widerstand stößt. Entsprechend einer derartigen finanzpolitischen Strategie, die sich an der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit der Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten ausrichtet, sollte der Spielraum für die Verringerung der Abgabenbelastung vornehmlich dazu ausgeschöpft werden, die Investitions- und die Leistungsanreize zu verstärken.

Für das kommende Jahr ist, von historischem Höchststand aus, eine deutliche Senkung der Steuern zu erwarten. Das Existenzminimum wird aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts von der Einkommensteuer freigestellt, der Familienleistungsausgleich wird ausgebaut und der Kohlepfennig abgeschafft. Außerdem wird die steuerliche Investitionsförderung in den neuen Bundesländern verlängert und neu strukturiert. Die Steuerbelastung wird dadurch um insgesamt 28 Mrd. DM verringert. Zugleich werden jedoch

die Beitragssätze zur Rentenversicherung und zur Pflegeversicherung angehoben, so daß die Abgaben insgesamt um nur 14 Mrd. DM abnehmen. Für die privaten Haushalte erhöht sich das verfügbare Einkommen dadurch um 21 Mrd. DM, da die Hälfte der zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträge von den Unternehmen zu tragen ist.

Infolge dieser Entlastung dürfte die Konjunktur im kommenden Jahr zwar angeregt werden; ein dauerhaft rascheres Wachstum der Wirtschaft ergibt sich daraus aber kaum. Das Steuerentlastungspaket kommt insbesondere Steuerpflichtigen mit unteren und mittleren Einkommen sowie Familien zugute; es dominieren verteilungspolitische Aspekte. Unter wachstums- und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten verschlechtert sich aber nicht nur die Struktur auf der Einnahmenseite, sondern auch die Ausgabenstruktur, denn im kommenden Jahr werden die Investitionen des Staates in realer Rechnung stagnieren.

Die Reform der Unternehmensbesteuerung sollte umgehend verwirklicht werden. Mit dem Gesetz zur „Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze“, das aus den Jahressteuergesetz 1996 herausgelöst worden ist, war dazu ein Entwurf vorgelegt worden, nach dem die Gewerkekapitalsteuer abgeschafft und die Gewerbeertragsteuer gesenkt werden sollte. Der Entwurf sah jedoch vor, die Entlastungen bei der Gewerbebesteuerung durch eine Verschlechterung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen zu finanzieren. Die Unternehmen würden nach einer Verringerung der Steuern im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes auf die mittlere Frist um mehr als 4 Mrd. DM belastet. Ihre Investitionstätigkeit würde damit beeinträchtigt, die Wachstumskräfte würden eher gedämpft. Die Verminderung der Gewerbebesteuerung sollte statt dessen durch Abbau bzw. Kürzung von Steuervergünstigungen finanziert werden, die in gesamtwirtschaftlicher Sicht zu schädlichen Verzerrungen von Investitionsentscheidungen führen.

Durch die Reformmaßnahmen würden die Gemeinden Gewerbebesteuererbußen erleiden. Zum Ausgleich ist vorgesehen, sie am Umsatzsteueraufkommen zu beteiligen. Jedoch wäre ihre Steuerautonomie eingeschränkt, die bisher insbesondere im Hebesatzrecht bei der Gewerbebesteuerung besteht. Um die Gemeinden für Steuerausfälle zu

entschädigen und gleichzeitig ihr Interesse an einer aktiven Ansiedlungspolitik zu erhalten, sollte die Gewerbesteuerumlage, durch die Bund und Länder am Gewerbesteueraufkommen partizipieren, abgeschafft und eine entsprechend geringere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer vereinbart werden. Auf jeden Fall sollte die Umsatzsteuerbeteiligung aber nicht zum Anlaß genommen werden, die Mehrwertsteuersätze zu erhöhen.

Die Sozialbeiträge sind im Gefolge der deutschen Vereinigung kräftig gestiegen. Es zeichnet sich ab, daß sich die Ausgaben der Rentenversicherung sowie die der Pflegeversicherung angesichts des zunehmenden Durchschnittsalters der Bevölkerung wohl deutlich stärker ausweiten als die Bruttolohn- und -gehaltsumme expandiert mit der Folge, daß die Sozialbeiträge fortlaufend angehoben werden müßten. Zwingend erforderlich ist es, dem gegenzusteuern, damit sich die Lohnnebenkosten nicht erhöhen und die Anreize, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, nicht noch weiter beeinträchtigt werden. Zu diesem Zweck halten es die Institute nach wie vor für dringlich, Teile der gegenwärtig von den Sozialversicherungen erbrachten und von den Unternehmen und den Arbeitnehmern durch ihre Beiträge finanzierten Leistungen an Menschen in Ostdeutschland in den Bundeshaushalt zu übernehmen. Dazu sind auch Reformen bei der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe erforderlich. Zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs der Sozialversicherung sollten zudem Steuerdefizite im Bereich der Krankenversicherung verringert werden. Auf die mittlere Frist sollte ferner angestrebt werden, die staatliche Daseinsvorsorge, vor allem die Alterssicherung, vermehrt durch private Maßnahmen zu ergänzen.

Weil der Ausgabendruck bei der Sozialversicherung so groß ist, ist eine strikte Ausgabendisziplin bei den Gebietskörperschaften erforderlich. Die Effizienz- und Produktivitätsreserven in der öffentlichen Verwaltung sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft, und die Einsparpotentiale bei den öffentlichen Ausgaben sind nach wie vor beträchtlich, so bei vielen Finanzhilfen, der Wohnungsbauförderung oder der Sparförderung⁶. Da-

⁶ Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, sieht zwar ebenfalls erhebliche Einsparungspotentiale bei vielen

gegen sollten die Ausgaben für die Infrastruktur in Westdeutschland – anders als in den vergangenen drei Jahren – steigen, damit sich ihr Zustand nicht weiter verschlechtert. Investive Mehrausgaben sind auch auf vielen anderen Gebieten angezeigt, etwa bei Ausbildung, Forschung und Technologie.

Bisher kommt die wachstumspolitisch gebotene nachhaltige Verringerung der im historischen Vergleich hohen Steuer- und Sozialabgabenbelastung nicht voran. Mit der von der Bundesregierung avisierten „symmetrischen“ Finanzpolitik bietet sich erstmals die Aussicht auf eine Kurskorrektur. Richtig angepackt wird das Programm die Wachstumskräfte stärken. Die Maßnahmen zur Rückführung der Abgabenlast sollten möglichst rasch und schneller als geplant verwirklicht werden, denn um so eher werden sich auch anregende Einflüsse auf das wirtschaftliche Wachstum und für das Entstehen von Arbeitsplätzen ergeben. Die Defizitverringering würde durch baldige Abgabensenkungen nur vorübergehend gebremst, da sich zugleich die Voraussetzungen für die Verringerung in der mittleren Frist verbessern.

Lohnpolitik

Die Lohnrunde im Frühjahr dieses Jahres in Westdeutschland war geprägt von dem Abschluß in der Metallindustrie. Dort liegen die Stundenlöhne im Durchschnitt dieses Jahres unter Berücksichtigung der vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen um rund 6 vH über dem Niveau im Vorjahr. In den übrigen Bereichen, in denen Neuabschlüsse getätigt wurden, waren die Ergebnisse mit knapp 4 vH deutlich darunter geblieben. Der Abschluß in der Metallindustrie hat eine Laufzeit von zwei Jahren; er wird 1996 eine durchschnittliche Kostenbelastung von 5 vH pro Stunde mit sich bringen. Dieser Abschluß belastet wegen des großen Gewichts der Metallindustrie die gesamte Lohnrechnung des kommenden Jahres in hohem

Finanzhilfen, kaum aber noch bei der Wohnungsbau- und Sparförderung. Schon wegen der Notwendigkeit, die Altersversorgung auf eine breitere Basis zu stellen, sollten vielmehr die steuerlichen Anreize zur privaten Vermögensbildung, nicht zuletzt in Form des Aktiensparens, verstärkt werden. Bei der Wohnungsbauförderung gilt es zu beachten, daß die degressive Abschreibung für Mietwohnungen bereits verschlechtert wurde und die Neugestaltung des §10e EStG per saldo für die Bauwirtschaft eher negativ zu Buche schlagen dürfte.

Maße. Die bei dieser Prognose unterstellte Tarifloohnerhöhung für die Gesamtwirtschaft impliziert weit geringere Abschlüsse der anderen Bereiche.

Aber auch ein Lohnanstieg von 3½ vH für die Gesamtwirtschaft bringt Risiken mit sich, die bei verändertem konjunkturellen Umfeld kaum zu rechtfertigen sind. Im Vergleich zum Beginn dieses Jahres ist in der Lohnrunde 1996 zu berücksichtigen, daß

- durch die Aufwertung der D-Mark die Wettbewerbsposition der deutschen Anbieter deutlich verschlechtert worden ist,
- die konjunkturelle Abschwächung die Erholung am Arbeitsmarkt fürs erste zunichte gemacht hat und
- das Preisklima wesentlich ruhiger geworden ist.

Im Lichte dieser Faktoren zeigt sich, daß der Metallabschluß weder für dieses noch für das nächste Jahr angemessen ist. Würde er von den anderen Bereichen für 1996 als Orientierungsmarke betrachtet, wäre die im Laufe des kommenden Jahres zu erwartende Investitionsbelebung gefährdet. Angesichts einer Abschwächung des Anstiegs der Produktivität, der Labilität des Aufschwungs und der Chance, weitgehend stabile Verbraucherpreise zu erreichen, sollten die Abschlüsse des kommenden Jahres ungeachtet des irreführenden Signals in den Metallbranchen unter dem von uns unterstellten Anstieg bleiben. Der Fehler von Arbeitgebern und Gewerkschaften in der Metallindustrie kann nicht durch den Versuch raschen Aufholens der anderen Bereiche, sondern nur durch zukünftiges Zurückbleiben bei Metall geheilt werden. Die Entlastung für die privaten Haushalte, vor allem infolge der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums, sollte nicht zum Bestandteil der Verhandlungen gemacht werden. Die Institute haben sowohl bei staatlichen Ent- wie bei Belastungen stets die Auffassung vertreten, daß die Tarifpartner nicht versuchen sollten, diese der jeweils anderen Seite zuzurechnen.

An anderer Stelle dieser Diagnose ist schon hervorgehoben worden, welche zentrale Rolle der Lohnentwicklung in Ostdeutschland seit der Vereinigung zukam und auch in den nächsten Jahren noch zukommen wird. Mit fortgesetzten hohen Lohnsteigerungen wird zum einen direkt eine

Normalisierung der Gewinnsituation und damit die Chance auf eine eigenständige Investitionsdynamik weit in die Zukunft verschoben. Zum anderen induzieren hohe Lohnsteigerungen entsprechende Zuwächse bei den Sozialleistungen und Renten, deren Anstieg wiederum bei gleichbleibender Transfersumme die die Investitionstätigkeit begünstigenden Transfers beschneidet. Es ist für die Erfolgsaussichten des Aufholprozesses in Ostdeutschland ein Alarmzeichen erster Ordnung, wenn – wie das 1994 und 1995 der Fall ist – die Lohnstückkosten in den neuen Bundesländern sich weniger günstig entwickeln als in den alten.

Ein Problem besonderer Art ergibt sich in Ost- und Westdeutschland durch die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte aus Osteuropa und anderen Ländern der Europäischen Union. Die Zuwanderung aus Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören, wird schon seit längerem durch Mengenkontingente geregelt. Neu sind die Bestrebungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften aus Ländern der Europäischen Union zu regulieren, bei denen mengenmäßige Beschränkungen nicht möglich sind. Besonders betroffen ist der Baubereich. Die Bundesregierung beabsichtigt zu diesem Zweck die sogenannte Entsenderichtlinie umzusetzen, nach der für ausländische Arbeitskräfte mindestens der hiesige Lohn der untersten Lohngruppe zu zahlen ist. Mit diesem Vorgehen werden die Bauleistungen von Unternehmen, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, verteuert; andere Anbieter, die vorwiegend mit deutschen Arbeitskräften produzieren, sollen offenbar in die Lage versetzt werden, preislich mithalten zu können. Auf diese Weise entsteht ein geschützter Raum mit Sonderrechten für bestimmte Unternehmen und bestimmte deutsche Arbeitskräfte zu Lasten ausländischer Arbeitnehmer und der Verbraucher. Der Zwang zur Spezialisierung und zur Suche nach neuen Wettbewerbsvorteilen, denen in einer Marktwirtschaft fast alle Unternehmen und Arbeitskräfte unter dem Druck der Konkurrenz aus dem In- wie aus dem Ausland sonst ausgesetzt sind, wird ausgehebelt. Es gibt für ein solches Vorgehen keine Rechtfertigung, die nicht auch andere Unternehmen und Arbeitnehmer, die dem Druck der internationalen Konkurrenz und damit dem internationalen Strukturwandel ausgesetzt sind, für sich in Anspruch nehmen könnten. In der

Bauwirtschaft sind lediglich die Produkte nicht mobil wie etwa in der Industrie. Gibt es aber Mobilität der Arbeitskräfte, müssen diese nach ihrer jeweiligen Knappheit bezahlt werden.

Nicht hingenommen werden sollte jedoch, nicht zuletzt im Interesse des Landes, aus dem diese Arbeitnehmer kommen, und im Interesse der Arbeitnehmer selbst, daß diese Beschäftigten zu einem erheblichen Teil keine Versicherungsleistungen für Krankheit, Arbeitslosigkeit und Ruhestand erbringen. Das führt unter Umständen später zu einer Ausnutzung der allgemeinen Fürsorgepflicht des Staates durch die im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer. Hier sollte aber das Ursprungslandprinzip zur Anwendung kommen und nicht das Bestimmungslandprinzip, weil die in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Ruhestand in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren werden.

Geldpolitik

Die Geldpolitik stand in den letzten beiden Jahren vor zunehmenden Steuerungsproblemen. Die Geldmenge M3 entwickelte sich sehr unbeständig. Im Verlauf des vergangenen Jahres expandierte sie deutlich oberhalb des von der Deutschen Bundesbank angekündigten Zielkorridors, in diesem Jahr wird die Zielvorgabe dagegen wohl merklich unterschritten. Trotz dieser Unsicherheiten hinsichtlich der monetären Steuerung hat die Notenbank ihre Leitzinsen relativ kontinuierlich zurückgeführt. Erleichtert wurden der Notenbank die fortgesetzten Zinssenkungen durch die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. So hat sich das Tempo des Preisauftriebs zurückgebildet; während der Anstieg der Preise für die Lebenshaltung – auf der neuen Basis gerechnet – im Vorjahresvergleich Anfang 1994 rund 3 vH betrug, liegt er gegenwärtig bei knapp 2 vH. Zu der günstigen Preisentwicklung hat neben dem moderaten Tempo der Konjunkturerholung die 1994 beginnende und in diesem Frühjahr verstärkte Höherbewertung der D-Mark beigetragen. Im Sommer dieses Jahres hat die Bundesbank zusammen mit anderen Notenbanken zeitweilig an den Devisenmärkten interveniert, um einer zu starken Abwertung des US-Dollar entgegenzuwirken. In den letzten Wochen tendierte der US-Dollar wieder zur

Schwäche, während die europäischen Währungen sich gegenüber der D-Mark zumeist stabilisierten.

Gegenwärtig dürfte die Geldpolitik leicht anregend auf die Konjunktur wirken. Im Gefolge der Leitzinssenkung von Ende August hat sich der Zinssatz für Dreimonatsgeld weiter zurückgebildet, Mitte Oktober betrug er 4 %. Ähnlich gering waren die kurzfristigen Zinsen zuletzt Mitte 1988. Die Kapitalmarktzinsen haben mit rund 6 % ebenfalls ein vergleichsweise niedriges Niveau erreicht; der spürbare Zinsanstieg im Verlauf von 1994 hat sich fast vollständig zurückgebildet. Die Differenz zwischen Kapital- und Geldmarktzinsen ist mit rund zwei Prozentpunkten weiterhin deutlich positiv.

Entscheidend für die schwache Expansion der Geldmenge M3 – sie stieg vom vierten Quartal des vergangenen Jahres bis Ende August dieses Jahres nur mit einer laufenden Jahresrate von 0,3 vH – waren die anhaltend starken Umschichtungen von kurzfristigen Mitteln, insbesondere von Termineinlagen in längerfristiges Geldkapital. Das Geldkapital, das nicht zur Geldmenge M3 zählt, nahm seit Jahresbeginn mit einer laufenden Jahresrate von rund 10 vH zu, während die kurzfristigen Termineinlagen weiter kräftig zurückgingen. Umschichtungen von Termineinlagen in Geldmarktfonds, die zur Jahreswende von einiger Bedeutung waren, schlugen dagegen im Jahresverlauf kaum noch zu Buche. Die bedeutende Rolle der Umschichtungen zeigt sich auch daran, daß die enger gefaßte Geldmenge M1 – sie umfaßt nur unverzinsliches Bargeld und Sichteinlagen – mit einer Rate von 4 vH deutlich rascher als die Geldmenge M3 expandierte. Neben den zinsinduzierten Umschichtungen von Termineinlagen hat der abgeschwächte Zuwachs der Kreditnachfrage dazu beigetragen, daß die Geldmenge M3 im bisherigen Verlauf dieses Jahres kaum zugenommen hat. Die Verlangsamung der Kreditausweitung wurde nicht zuletzt von der Abflachung der Kreditnachfrage im Wohnungsbau bestimmt.

Die ausgeprägten Umschichtungen von Termineinlagen in längerfristige Anlagen sind vor allem darauf zurückzuführen, daß für letztere bei einer Tendenz zu sinkenden Zinsen Kursgewinne zu erwarten sind. Hinzu kam, daß Termineinlagen im Durchschnitt dieses Jahres eine um rund zwei Prozentpunkte niedrigere Verzinsung als Kapital-

marktanlagen aufwiesen. In der Vergangenheit haben solche zinsbedingten Umschichtungen zwischen Anlagen unterschiedlicher Fristigkeit bereits dazu geführt, daß die Geldmenge M3 vorübergehend von dem angestrebten Zielpfad abgewichen ist. Die Intensität der Umschichtungen hat in den letzten Jahren tendenziell zugenommen. Dies ist wohl auch Folge eines im Zuge der Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkten verschärften Wettbewerbs in Verbindung mit sinkenden Informations- und Transaktionskosten. Daraus mögen sich Änderungen im Anlageverhalten ergeben.

Insgesamt werden die dämpfenden Einflüsse auf die Expansion der Geldmenge M3 nunmehr wohl an Bedeutung verlieren. Die Zinsdifferenz bleibt zwar weiterhin ausgeprägt positiv, gleichwohl dürften die Anleger bei dem gegenwärtig erreichten niedrigen Niveau der Kapitalmarktzinsen kaum mehr mit weiter sinkenden Zinsen rechnen. Aus den genannten Gründen erwarten wir, daß die Ausweitung der Geldmenge M3 im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder an Fahrt gewinnen wird. Gleichwohl ist es unwahrscheinlich, daß die Geldmenge M3 bis zum Jahresende noch den unteren Rand des angestrebten Zielkorridors von 4 bis 6 vH erreicht.

Angesichts dessen und der Tatsache, daß die Bundesbank damit zum wiederholten Male ihren Zielkorridor verfehlt, stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es bei der Ankündigung eines Geldmengenzieles bleiben sollte und, wenn man diese Frage bejaht, bei welchem Basiswert das Ziel für 1996 ansetzen sollte. Kommt man zu dem Urteil, daß es in Zukunft zu starken und erratischen Umschichtungen von kurz- in langfristige Titel kommen wird, deren Auftreten und deren Intensität sich nicht abschätzen lassen, wäre die fortgesetzte Ankündigung von Geldmengenzielen problematisch. Dann gäbe es nämlich eine Lockerung des Zusammenhangs von M3 und der Preisentwicklung, die der Steuerung dieser Geldmenge die Basis entzöge. Dafür liegen gegenwärtig keine empirischen Belege vor.

Anders ist es, wenn man zu dem Urteil gelangt, die Umschichtungen, die in den vergangenen beiden Jahren zu beobachten waren, seien Ergebnis einer einmaligen Veränderung des Anlegerverhaltens, bedeuteten also einen Strukturbruch. Gleichwohl bestünde auch weiterhin ein systematischer

Zusammenhang zwischen der Zins- und Geldmengenentwicklung. Dann könnte die Geldpolitik nach Abschluß dieses Prozesses auf der tatsächlichen Geldmenge aufsetzend wieder zu einem Geldmengenziel übergehen. Unsicher wäre lediglich, wann genau die Verhaltensänderung beendet ist. Die Geldpolitik müßte dann zu Beginn der Umstellung auf einen neuen Trend der Geldmengenentwicklung noch eine gewisse Vorsicht bei der Interpretation des tatsächlichen Geldmengenwachstums walten lassen und andere Indikatoren, wie beispielsweise die Zinsstruktur oder die Bewegung enger gefaßter monetärer Aggregate zur Urteilsbildung heranziehen.

Ein dritter Fall liegt vor, wenn es sich bei den Umschichtungen von kurz- in langfristige Anlagen (und umgekehrt) um Schwankungen im Anlegerverhalten handelt, deren Amplitude wegen der engeren Verflechtung der Geld- und der Kapitalmärkte im Zeitablauf lediglich größer geworden ist. Dann würden sich die Portfolioumschichtungen von allein zurückbilden. In diesem Falle bestünde wenig Anlaß, vom Geldmengenziel abzugehen. In der konkreten Situation wäre bei einem solchen Urteil unabhängig von dem Ende 1995 tatsächlich erreichten Wert der Geldmenge M3 der neue Zielwert auf der Mitte des von der Bundesbank für dieses Jahr angestrebten Zielkorridors aufzusetzen. Aber auch bei diesem Vorgehen wäre der Unsicherheit über die tatsächlichen Ursachen der Zielabweichungen der Vergangenheit dadurch Rechnung zu tragen, daß bei einem Unterschießen der Geldmenge im kommenden Jahr ebenfalls die anderen Indikatoren zur Erklärung der Entwicklung mit zu Rate gezogen werden. Die Institute messen diesem Fall die größte Wahrscheinlichkeit bei. Die zu beobachtenden Portfolioumschichtungen lassen sich nach wie vor durch die Zinsentwicklung erklären, bislang ist lediglich die Intensität der Schwankungen größer geworden.

Die Unsicherheit in der Interpretation ist freilich nicht völlig auszuräumen. Daher sollte die Bundesbank den Zielkorridor, der analog zu den Vorjahren abgeleitet ist, auf der Mitte des für dieses Jahr angestrebten Korridors aufsetzen. Erreicht die Geldmenge den Zielpfad des nächsten Jahres und gibt es Indizien für eine Normalisierung der Portfolios, besteht zur Beunruhigung kein Anlaß. Erreicht die Geldmenge ihn nicht, ist erneut zu

überprüfen, ob es Anzeichen für einen Strukturbruch gibt. Auch dann wäre nur unter Würdigung der gesamten konjunkturellen und monetären Situation zu entscheiden, ob der Zielpfad auch über das Jahr 1996 hinaus die angemessenen Anhaltspunkte für die Geldpolitik gibt. Geht die Bundesbank so vor, wahrt sie die mittelfristige Ausrichtung der Geldmenge am Produktionspotential und am Inflationsziel, ohne das Geldmengenkonzept aufzugeben.

Bei der Berechnung der potentialgerechten Zuwachsrate der Geldmenge sollte eine Wachstumsrate des Produktionspotentials von rund 3 vH berücksichtigt werden. Berechnungen zeigen, daß das Produktionspotential gegenwärtig etwas schwächer zunimmt. Darin spiegeln sich jedoch wohl auch konjunkturelle Einflüsse wider. So hat der Kapitalstock infolge der insgesamt eher verhaltenen Investitionstätigkeit etwas schwächer zugenommen als zuvor. Die Geldpolitik sollte sich an der mittelfristigen Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten orientieren. Unter Berücksichtigung einer Preisnorm von 2 vH – welche auch nach der konzeptionellen Änderung beibehalten werden kann – und eines Zuschlags für den trendmäßigen Anstieg der Kassenhaltung, errechnet sich deshalb für das kommende Jahr eine potentialgerechte Zunahme der Geldmenge von 6 vH. Dieser Wert entspricht dem, der von den Instituten bereits in den vergangenen Jahren als angemessen angesehen wurde.

Zur Europäischen Währungsunion

Die Vorbereitungen für die Europäische Währungsunion sind in eine entscheidende Phase getreten. Schon in etwas mehr als zwei Jahren, Ende 1997 oder Anfang 1998, wird entschieden, welche Staaten die Kriterien für eine Aufnahme erfüllen und damit ab Anfang 1999 eine Währungsunion bilden. Gemessen an den Kennziffern dieses Jahres erfüllen nur Luxemburg und Deutschland und – infolge der besonderen Auslegung des Schuldenkriteriums – Irland alle fünf Kriterien. Alle übrigen Länder sind mehr oder weniger weit von der Erfüllung der Aufnahmebedingungen entfernt. Dazu zählen auch solche Staaten, deren Währung seit vielen Jahren ohne Spannungen in einem festen Verhältnis innerhalb sehr geringer Bandbreiten zur

D-Mark getauscht werden, wie beispielsweise die Niederlande und Österreich.

Die meisten Länder scheitern derzeit an den Kriterien, die die öffentliche Verschuldung betreffen. Einige überschreiten den vorgeschriebenen Schuldenstand von 60 vH des Bruttoinlandsprodukts, andere weisen ein laufendes Defizit aus, das die vorgesehenen 3 vH des Bruttoinlandsprodukts übertrifft. Trotz dieser sehr unterschiedlichen Ausgangslage bei den öffentlichen Haushalten gibt es eine recht große Gruppe, die – nach heutigem Stand – ohne weiteres das Inflations-, das Zins- und das Wechselkurskriterium erfüllen. Dazu gehören neben Österreich und den Niederlanden auch Frankreich und Belgien. Die zuletzt genannten Länder haben in den vergangenen Jahren – wenn z.T. auch unter erheblichen Spannungen – den Wechselkurs ihrer Währungen zur D-Mark in einer engen Bandbreite gehalten.

Da die Entscheidung über die Aufnahme in die Währungsunion schon zur Jahreswende 1997/98 fällt, dürfte den Finanzindikatoren im kommenden Jahr eine erhebliche Bedeutung zukommen. Daraus ergibt sich für die endgültige politische Entscheidung eine sehr schwierige Ausgangslage. Manche Länder werden so bei strikter Anwendung nicht für die Union qualifiziert sein, weil sie das Schuldenstandskriterium nicht erfüllen. Aus ökonomischer Sicht ist dieses Kriterium jedoch keine gute Referenz für die Solidität der gegenwärtigen oder der künftigen Finanzpolitik. So mögen Länder ihm noch nicht genügen, die den Schuldenstand bereits deutlich zurückgeführt haben. Auch mag sich in einem hohen Schuldenstand früheres fiskalisches Fehlverhalten ausdrücken. Ein geringer Schuldenstand kann aber andererseits Ergebnis eines geldpolitischen Versagens sein, das es dem Staat ermöglicht hat, seine Schulden zu Lasten der Gläubiger durch Inflation zu entwerten. Während solche Länder nun als qualifiziert für die Währungsunion gelten können, würde anderen Ländern, die eine solide Geldpolitik betrieben und ihre Schulden bedient haben, die Mitgliedschaft verweigert. In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß einer der ausschlaggebenden Gründe für die Berücksichtigung von Finanzkriterien gerade war, daß nur Länder zugelassen werden sollten, deren Politik die monetäre Stabilität in der Währungsunion nicht gefährdet. Diese Überlegungen spre-

chen dafür, das Schuldenstandskriterium im Zweifel zu relativieren, ja zu vernachlässigen.

Zweifel liegen immer dann vor, wenn die anderen Kriterien, darunter das Defizitkriterium, erfüllt sind und auf eine jetzt und künftig solide Finanzpolitik geschlossen werden kann. Hier ist auch die konjunkturelle Lage zu bedenken. Gegenwärtig wird beispielsweise durch die konjunkturelle Abkühlung in Europa die Rückführung der Haushaltsdefizite erheblich erschwert. Auch in Deutschland liegt aller Voraussicht nach das laufende Defizit im nächsten Jahr infolge – wenn auch nicht nur – konjunkturbedingter Steuerausfälle nur wenig unter 3 vH des Bruttoinlandsprodukts. Ähnliche konjunkturelle Einflüsse könnten die öffentlichen Haushalte in dem Zeitpunkt, zu dem die Länder bestimmt werden sollen, die für die Währungsunion qualifiziert sind, sogar deutlich stärker prägen. Die Institute empfehlen aus stabilisierungspolitischen Überlegungen nicht, einen über das angestrebte Defizit hinausgehenden, konjunkturell bedingten Defizitanstieg durch forcierte Ausgabensenkungen oder Steuererhöhungen zu verhindern. Deshalb sollte auch nicht das aktuelle Haushaltsdefizit bei der Entscheidung herangezogen werden, ob Länder in die Währungsunion eintreten können. Vielmehr muß das konjunkturbereinigte, also das strukturelle Defizit berücksichtigt werden. Wenn dieses Defizit signalisiert, daß das 3 vH-Kriterium ansonsten eingehalten würde und der finanzpolitische Kurs des betroffenen Landes erkennen läßt, daß auch künftig kein größeres Defizit zu erwarten ist, sollte die Qualifikation zuerkannt werden, sofern von der Inflation, den Zinsen und dem Wechselkurs her die Voraussetzungen erfüllt sind.

Angesichts dieser Situation und der nicht von der Hand zu weisenden Möglichkeit, daß die für den Beginn der Währungsunion zu bildende Gruppe sehr klein ist, wird vielfach eine Verschiebung des Starts der Währungsunion empfohlen. Eine solche Entscheidung, die von allen beteiligten Ländern gemeinsam getroffen werden müßte, wirft aber ebenfalls eine Reihe von Fragen auf. Insbesondere könnte die disziplinierende Wirkung der Konvergenzkriterien für einige Zeit nachlassen und damit neue Hürden für den späteren Start entstehen lassen. Für einige Länder verkörpert der Eintritt in die Währungsunion ja gerade die

Chance, über Anpassungsdruck von außen Finanz- und Lohndisziplin im Innern durchzusetzen, die sonst nicht erreichbar wäre. Wird der Start der Währungsunion hinausgeschoben, besteht die Gefahr, daß die politische Kraft einiger Regierungen nicht ausreicht, die widerstreitenden Kräfte im Inland auf das Ziel einzuschwören, die im Vertrag von Maastricht festgelegten Eintrittskriterien für eine Teilnahme der Währungsunion zu erfüllen.

Die Tatsache, daß es widerstreitende Kräfte gibt, ist allerdings kein Argument gegen die Mitgliedschaft solcher Länder in der Währungsunion. Das zentrale Ziel der Währungsunion nach dem Maastrichter Vertrag ist das Einfordern einer illusionslosen Anpassung aller wichtigen Gruppen der Gesellschaft an die wirtschaftlichen Verhältnisse des jeweiligen Landes. Weil in der Vergangenheit zu oft – und letztlich erfolglos – der Versuch unternommen wurde, wirtschaftliche Probleme über die innere und äußere Entwertung der nationalen Währungen zu lösen, bemühen sich so viele Länder um eine Aufnahme in die Europäische Währungsunion.

Die politischen Entscheidungsträger werden sich diesen Argumenten bei der Entscheidung über die Auslegung der Konvergenzkriterien nicht vollständig entziehen können. Es wäre für die Bewertung der neuen Währung durch die Bürger der Europäischen Union, aber auch durch die Weltkapitalmärkte jedoch fatal, wenn mit der Einschränkung der Kriterien der Eindruck entstünde, daß die Währungsunion nicht auf dem Prinzip der finanz- und geldpolitischen Solidität basiere. Um das zu vermeiden, ist eine zusätzliche Verpflichtung der Mitgliedsstaaten unumgänglich. Den Bürgern und den Finanzmärkten muß ein überzeugendes Konzept für andauernde finanz- und währungspolitische Solidität angeboten werden. Dieses Konzept könnte etwa eine Selbstbindung der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die Verringerung der Budgetdefizite nach Beginn der Währungsunion enthalten, und zwar so lange, bis das im Vertrag genannte Eintrittskriterium erreicht wird. Für den Fall, daß diese Selbstverpflichtung nicht eingehalten wird, sollten Sanktionen vorgesehen werden. Ferner sollte eine klare und dauerhafte Regelung für den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere eine strenge Begrenzung der Verschuldung der Gemeinschaft, Bestandteil

dieses Konzepts sein. Das wäre letztlich ein Gewinn, da der Vertrag von Maastricht weit weniger strikt auf finanzpolitische Solidität pocht, was die Zeit nach dem Eintritt als was die Zeit vor dem Eintritt in die Währungsunion angeht. Hinzu kommt, daß der Versuch, im Vertrag „bailing-out“ zu verhindern, sich weitgehend darauf beschränkt, Nationalstaaten davon abzuhalten, eine Finanzpolitik zu Lasten anderer Staaten zu betreiben, und letztlich Zwang auf sie auszuüben, für Fehlverhalten einzutreten; für die Gemeinschaft insgesamt werden im Vertrag aber sogar neue Türen für „bailing-out“ aufgestoßen.

Die deutsch-deutsche Währungsunion hat gezeigt, daß der Disziplinierungszwang unverrückbar fester Wechselkurse in Umverteilung zwischen den Partnern endet, wenn finanz- und vor allem lohnpolitisches Fehlverhalten nicht unmittelbar sanktioniert, sondern über Ausgleichsmaßnahmen eines Zentralbudgets abgedeckt wird. Die Währungsunion in Deutschland hat aber auch gezeigt, daß solch eine massive Umverteilung politisch selbst in einem einheitlichen Nationalstaat schwer durchzusetzen und auf längere Sicht kaum durchzuhalten ist. Auch hier stößt die Solidarität mit einer Region, die „über ihre Verhältnisse lebt“, auf Grenzen. Noch schwerer wäre diese Solidarität in Europa einzufordern. Andererseits ist die Bereitschaft zur Umverteilung gerade keine Vorbedingung für eine funktionierende Währungsunion. Bei unverrückbar festen Wechselkursen wird die Möglichkeit der Entwertung der nationalen Währungen als Anpassungshilfe ausgeschlossen; diese hätte aber auf Dauer ohnehin keinen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse leisten können. Aufholprozesse vollziehen sich immer nur über größere Investitionsdynamik in den ärmeren Ländern.

Vor diesem Hintergrund ist für die Funktionsfähigkeit der Währungsunion von kaum zu überschätzender Bedeutung, daß neben dem direkten Eintreten der Partnerstaaten bei unsolider Finanzpolitik einzelner Nationalstaaten auch indirektes bailing-out mit Hilfe des Zentralhaushalts der Gemeinschaft ausgeschlossen wird. Die Versuchung dürfte für einzelne Mitglieder der Währungsunion groß sein, dem Rechtfertigungszwang für nationales Abweichen von den Defizitziele dadurch zu entgehen, daß sie für strukturelle Rückstände oder

neu entstandene Fehlentwicklungen die Solidarität der anderen via Brüssel beanspruchen. Auch die Nicht-Mitglieder der Währungsunion werden mit Blick auf ihre anhaltenden Budgetdefizite und eine baldige Aufnahme in die Währungsunion von deren Mitgliedern vermehrte Unterstützung fordern. Um dem übermäßigen Anwachsen des EU-Zentralhaushalts, insbesondere über die Strukturfonds, einen Riegel vorzuschieben, wäre daran zu denken, die EU-Strukturfonds, die in den letzten Jahren ein explosives Wachstum aufweisen⁷, zu plafondieren. Dies könnte in der Form geschehen, daß die Strukturfonds zum einen nur auf besonders rückständige Gebiete bei verbesserten Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten konzentriert werden, und daß zum anderen ihre Gesamthöhe maximal auf dem bereits heute erreichten hohen Niveau festgeschrieben wird. Bei einer solchen Straffung des Fonds wären Zahlungen aus den Strukturfonds an Mitglieder der Währungsunion, die die Eintrittskriterien erfüllt haben, die Ausnahme. Es ist sogar zu überlegen, ob für sie eine Höchstgrenze – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – für die Inanspruchnahme von Strukturfondsmitteln vorgeschrieben werden kann. Derzeit entsprechen die EU-Zuweisungen aus den Strukturfonds in den Ländern Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Dänemark und Vereinigtes Königreich knapp 0,2 vH des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. In Portugal erreicht dieser Anteil dagegen

⁷ Die sog. Strukturfonds der EU umfassen den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRF), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und die sog. Abteilung Ausrichtung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL-Ausrichtung). Zusätzlich wurde im Maastrichter Vertrag noch der sog. Kohäsionsfonds neu geschaffen. Durch ihn werden Verkehrsinfrastruktur- und Umweltprojekte in den vier ärmsten Mitgliedstaaten der EU (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) gefördert. Bei der Einführung der Strukturfonds im Jahre 1975 war der finanzielle Umfang gering; alle drei Fonds nahmen reichlich ein Zehntel des EG-Budgets in Anspruch. Das Finanzvolumen wurde dann zusammen mit erheblichen institutionellen Änderungen ab 1989 stark vergrößert. 1992 machte es bereits rd. ein Viertel des EG-Budgets aus, und 1999 soll der Anteil sogar ein Drittel betragen. Im einzelnen belaufen sich die im EU-Haushalt 1995 eingeplanten Mittel für die drei Strukturfonds auf 24,1 Mrd. ECU und für den Kohäsionsfonds auf 2,2 Mrd. ECU. Die jahresdurchschnittliche Zunahme der drei Strukturfonds belief sich im Zeitraum 1975 bis 1994 auf 20 vH.

3,9 vH, in Griechenland 3,1 vH, in Irland 2,3 vH und in Spanien 1,3 vH.

Die Entscheidungen über die künftige Finanzverfassung in der Europäischen Union dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Sie müssen integraler Bestandteil der Vereinbarungen von Anfang 1998 zur Mitgliedschaft in der Währungsunion und der Art der Anbindung der Nicht-Mitglieder sein. Weil die Nationalstaaten auch in der Europäischen Währungsunion weiterhin große Verantwortung für fast alle Belange der Gesellschaft tragen und die Solidarität dieser Staaten untereinander eng begrenzt ist, darf der Finanzausgleich nicht zu einem zentralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik werden. Eine Europäische Union, die via Kommission immer mehr Politikbereiche in ihre Verantwortung übernimmt und damit das Prinzip der Subsidiarität aushöhlt, ist jedenfalls keine Voraussetzung für das Funktionieren der Währungsunion. Eher das Gegenteil ist richtig: Je mehr Verantwortung die Nationalstaaten außerhalb der Geldpolitik behalten, um so direkter und – für das Ganze gesehen – um so effizienter wirkt der Anpassungszwang einer gemeinsamen Währung.

Im Vorfeld der möglichen Währungsunion muß zudem geklärt werden, wann und zu welchen Kursen die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse erfolgen soll. Ist über die Teilnahme an der

Währungsunion entschieden, könnte das Offenlassen der Wechselkursrelationen zu Spekulationen gegen einzelne Währungen führen. Auch besteht die Möglichkeit, daß ein Land eine expansive Geldpolitik verfolgt, um den Wechselkurs der eigenen Währung zu drücken und sich so eine günstige Wettbewerbsposition vor dem Start der dritten Stufe zu verschaffen. Beides würde die Wechselkursstabilität gefährden und den Übergang zur Währungsunion erschweren. Um dies zu vermeiden, sollten sich die Mitgliedsländer der EU frühzeitig darauf einigen, daß die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse auf dem Niveau der EWS-Mittelkurse erfolgt, die – dem Wechselkurskriterium entsprechend – seit mindestens zwei Jahren unverändert geblieben sein müssen. Ist über die Teilnehmer an der dritten Stufe entschieden, sollten für ihre Währungen umgehend enge Wechselkursbandbreiten eingeführt werden. Damit würde faktisch die Währungsunion schon vor Beginn der eigentlichen dritten Stufe hergestellt. Um die Wechselkurse tatsächlich stabil zu halten, bedarf es einer verbindlichen Verpflichtung der teilnehmenden Staaten auf eine einheitliche Geldpolitik. Dazu gehört aber auch, daß im Falle des Drucks auf eine der beteiligten Währungen, der nicht aus geldpolitischem Fehlverhalten eines Landes resultiert, die Notenbanken zur Verteidigung des Wechselkurses verpflichtet sind.

Tabellenanhang:

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1994	1995	1996	1995		1996	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts, Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	- 0,7	0,0	0,5	- 0,1	0,0	0,5	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Arbeitstage	- 0,3	- 0,5	0,0	0,0	- 0,5	- 0,5	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 1,4	- 1,0	0,0	- 0,6	- 1,0	- 0,5	0,5
Produktivität ¹	4,3	3,0	2,5	3,2	3,5	2,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,9	2¼	2½	2,6	2	2	3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) in Mrd. DM

Privater Verbrauch	1.902,4	1.970,0	2.072,0	956,8	1.013,0	1.002,0	1.070,5
Staatsverbrauch	650,4	675,5	704,0	313,8	361,5	327,5	376,5
Anlageinvestitionen	729,7	759,5	786,0	362,5	397,0	375,0	411,0
Ausrüstungen	257,8	267,5	282,5	124,7	143,0	129,5	153,0
Bauten	471,8	492,0	503,5	237,8	254,5	246,0	257,5
Vorratsveränderung	20,4	31,5	27,0	24,6	7,0	25,5	2,0
Inlandsnachfrage	3.302,8	3.436,5	3.589,5	1.657,7	1.778,5	1.729,5	1.860,0
Außenbeitrag	17,5	35,0	46,5	20,9	14,5	23,5	23,5
Ausfuhr	752,7	796,0	851,5	391,0	405,0	415,5	436,0
Einfuhr	735,2	761,0	805,0	370,1	390,5	392,0	413,0
Bruttoinlandsprodukt	3.320,3	3.471,5	3.636,0	1.678,6	1.793,0	1.753,0	1.883,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,7	3,5	5,0	3,6	3,5	4,5	5,5
Staatsverbrauch	3,0	4,0	4,0	3,8	4,0	4,5	4,0
Anlageinvestitionen	5,9	4,0	3,5	4,9	3,5	3,5	3,5
Ausrüstungen	- 1,4	4,0	5,5	4,5	3,0	4,0	7,0
Bauten	10,3	4,5	2,5	5,0	3,5	3,5	1,5
Inlandsnachfrage	5,1	4,0	4,5	4,4	3,5	4,5	4,5
Ausfuhr	8,2	6,0	7,0	5,7	6,0	6,5	7,5
Einfuhr	7,6	3,5	6,0	4,1	3,0	6,0	5,5
Bruttoinlandsprodukt	5,2	4,5	4,5	4,8	4,5	4,5	5,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) in Mrd. DM

Privater Verbrauch	1.698,1	1.726,0	1.776,0	839,5	886,5	860,0	916,0
Staatsverbrauch	588,5	597,0	607,0	291,7	305,5	296,5	310,5
Anlageinvestitionen	668,2	684,5	696,5	327,1	357,5	333,0	364,0
Ausrüstungen	251,6	260,5	272,5	121,6	139,0	125,0	147,5
Bauten	416,6	423,5	424,0	205,6	218,0	208,0	216,5
Vorratsveränderung	24,9	34,5	28,0	27,4	7,0	26,0	2,0
Inlandsnachfrage	2.979,6	3.042,0	3.107,5	1.485,6	1.556,5	1.515,0	1.592,5
Außenbeitrag	- 14,5	- 9,5	- 3,5	- 0,4	- 9,5	- 1,5	- 2,0
Ausfuhr	739,8	769,0	808,5	379,0	390,0	396,5	412,0
Einfuhr	754,3	779,0	812,0	379,4	399,5	398,5	414,0
Bruttoinlandsprodukt	2.965,1	3.032,5	3.104,0	1.485,2	1.547,0	1.513,5	1.590,0
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2.958,1	3.021,5	3.093,0	1.480,1	1.541,5	1.510,0	1.583,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,9	1,5	3,0	1,6	1,5	2,5	3,5
Staatsverbrauch	1,2	1,5	1,5	1,7	1,5	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	4,3	2,5	2,0	3,2	1,5	2,0	2,0
Ausrüstungen	- 1,2	3,5	4,5	4,7	2,5	3,0	6,0
Bauten	7,8	1,5	0,0	2,4	1,0	1,0	- 1,0
Inlandsnachfrage	2,8	2,0	2,0	2,5	1,5	2,0	2,5
Ausfuhr	7,5	4,0	5,0	4,0	4,0	4,5	5,5
Einfuhr	7,1	3,5	4,5	3,8	3,0	5,0	3,5
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2¼	2½	2,6	2	2	3
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2,4	2,0	2,5	2,0	2,5	2,0	2,5

noch: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1994	1995	1996	1995		1996	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100), Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,8	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,5
Staatsverbrauch	1,7	2,5	2,5	2,1	2,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	1,5	1,5	1,5	1,6	1,5	1,5	1,5
Ausrüstungen	- 0,2	0,0	1,0	- 0,2	0,5	1,0	1,0
Bauten	2,3	2,5	2,0	2,6	2,5	2,5	2,0
Ausfuhr	0,6	1,5	2,0	1,7	1,5	1,5	2,0
Einfuhr	0,5	0,0	1,5	0,3	0,0	1,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	2,3	2,0	2,5	2,2	2,5	2,5	2,0

5. Einkommensentstehung und - verteilung
a) in Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.815,0	1.880,0	1.971,5	875,3	1.004,5	915,5	1.055,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1.468,7	1.520,5	1.591,0	707,2	813,5	739,0	852,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	968,9	976,0	1.040,5	457,3	518,5	487,5	553,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	684,9	742,5	787,0	383,1	359,5	406,0	381,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	594,0	660,5	697,5	342,8	317,5	363,5	334,5
Entnahmen ^{2,3}	583,7	595,5	650,0	305,5	290,0	330,5	319,5
Nichtentnommene Gewinne	10,3	65,0	47,5	37,4	27,5	33,0	15,0
Volkseinkommen	2.499,9	2.622,5	2.758,5	1.258,3	1.364,0	1.322,0	1.436,5
Abschreibungen	439,5	456,5	476,0	226,6	230,0	236,0	240,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	373,0	381,0	390,0	188,1	193,0	191,0	198,5
Bruttosozialprodukt	3.312,4	3.460,0	3.624,0	1.673,0	1.787,0	1.749,0	1.875,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,2	3,5	5,0	3,0	4,0	4,5	5,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,4	3,5	4,5	3,0	4,0	4,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	- 0,7	0,5	6,5	0,3	1,0	6,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,4	4,0	4,0	3,4	4,5	4,5	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	0,3	1,0	6,0	0,7	1,5	6,5	6,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,1	8,5	6,0	9,1	7,5	6,0	6,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	15,8	11,0	5,5	13,0	9,0	6,0	5,5
Entnahmen ^{2,3}	8,3	2,0	9,0	0,6	3,5	8,0	10,0
Volkseinkommen	4,5	5,0	5,0	4,8	5,0	5,0	5,5
Abschreibungen	3,7	4,0	4,5	3,9	4,0	4,0	4,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	8,0	2,0	2,5	1,1	3,0	1,5	3,0
Bruttosozialprodukt	4,8	4,5	4,5	4,3	4,5	4,5	5,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) in Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	968,9	976,0	1.040,5	457,3	518,5	487,5	553,0
Übertragene Einkommen ⁴	591,6	612,5	605,0	305,8	307,0	300,5	305,0
Entnahmen ²	684,0	733,0	800,5	366,7	366,5	398,5	402,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	40,5	42,0	44,5	21,0	21,5	22,0	22,5
Geleistete Übertragungen ⁵	52,3	54,5	58,0	27,3	27,5	29,0	29,0
Verfügbares Einkommen	2.151,6	2.225,0	2.344,0	1.081,5	1.143,5	1.135,5	1.208,5
Privater Verbrauch	1.902,4	1.970,0	2.072,0	956,8	1.013,0	1.002,0	1.070,5
Ersparnis	249,3	255,0	272,0	124,7	130,5	134,0	138,0
Sparquote (vH) ⁶	11,6	11,5	11,5	11,5	11,5	12,0	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	- 0,7	0,5	6,5	0,3	1,0	6,5	6,5
Übertragene Einkommen ⁴	4,1	3,5	- 1,0	5,0	2,0	- 2,0	- 0,5
Entnahmen ²	8,0	7,0	9,0	6,0	8,5	8,5	10,0
Verfügbares Einkommen	3,0	3,5	5,5	3,3	3,5	5,0	5,5
Privater Verbrauch	3,7	3,5	5,0	3,6	3,5	4,5	5,5
Ersparnis	- 2,2	2,5	6,5	1,3	3,5	7,5	6,0

noch BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1994	1995	1996	1995		1996	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	811,0	849,0	853,5	399,5	449,5	400,0	453,5
Sozialbeiträge	639,4	671,5	716,0	314,9	356,5	335,0	381,0
Erwerbseinkünfte	53,5	41,0	38,0	25,0	16,0	23,0	15,0
Sonstige Einnahmen ⁷	39,4	39,5	42,0	16,7	22,5	18,0	24,0
Vermögensübertragungen ⁷ , Abschreibungen	37,9	40,0	42,0	18,8	21,0	19,5	22,0
Einnahmen insgesamt	1.581,1	1.641,0	1.691,0	774,9	866,0	795,5	896,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	650,4	675,5	704,0	313,8	361,5	327,5	376,5
Zinsen	113,4	136,5	144,5	65,3	71,5	69,0	75,5
Laufende Übertragungen	770,7	803,0	803,0	390,9	412,0	390,5	412,0
Private Haushalte	636,7	667,0	663,0	330,8	336,5	329,0	334,0
Unternehmen	73,5	74,0	75,5	30,0	44,0	31,0	45,0
Übrige Welt ⁷	60,5	62,0	64,0	30,2	31,5	31,0	33,0
Vermögensübertragungen ^{7,8}	47,2	51,0	49,0	19,2	31,5	17,0	32,0
Bruttoinvestitionen	86,2	84,5	85,0	38,0	47,0	38,5	46,5
Ausgaben insgesamt	1.667,9	1.750,5	1.785,5	827,2	923,5	842,5	942,5
Finanzierungssaldo	- 86,8	- 109,5	- 94,0	- 52,3	- 57,0	- 47,5	- 47,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	5,0	4,5	0,5	2,9	6,5	0,0	1,0
Sozialbeiträge	7,2	5,0	6,5	3,3	6,5	6,5	7,0
Erwerbseinkünfte	10,5	- 23,0	- 7,5	- 28,4	- 13,5	- 8,0	- 7,0
Sonstige Einnahmen ⁷	4,9	0,0	6,5	0,2	0,5	7,0	6,0
Vermögensübertragungen ⁷ , Abschreibungen	8,4	5,5	4,5	3,2	7,5	5,0	4,0
Einnahmen insgesamt	6,1	4,0	3,0	1,6	6,0	2,5	3,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,0	4,0	4,0	3,8	4,0	4,5	4,0
Zinsen	9,2	20,5	5,5	14,7	26,0	5,5	5,5
Laufende Übertragungen	6,3	4,0	0,0	4,3	4,0	0,0	0,0
Private Haushalte	6,2	5,0	- 0,5	4,9	4,5	- 0,5	- 0,5
Unternehmen	6,0	0,5	2,0	- 0,5	1,5	3,0	1,5
Übrige Welt ⁷	7,1	2,0	4,0	2,3	2,0	2,5	5,0
Vermögensübertragungen ^{7,8}	- 14,4	7,5	- 3,5	22,5	0,5	- 11,5	1,0
Bruttoinvestitionen	1,0	- 1,5	0,5	- 2,7	- 1,0	2,0	- 0,5
Ausgaben insgesamt	4,2	5,0	2,0	4,8	5,0	2,0	2,0

¹ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde.

² Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen.

³ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden.

⁴ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale Übertragungen.

⁵ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen.

⁶ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung; 1994 einschl. Fonds Deutsche Einheit und Kreditabwicklungsfonds; ab 1994 einschl. Bundesbahnvermögen; 1994 ohne Treuhandanstalt; ab 1995 einschl. Erblastentilgungsfonds.

⁸ Im 1. Halbjahr 1995 ohne Berücksichtigung der auf den Erblastentilgungsfonds übertragenen Schulden der Treuhandanstalt in Höhe von 204 Mrd. DM und im 2. Halbjahr 1995 ohne Berücksichtigung des auf den Erblastentilgungsfonds übertragenen Teils der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 31 Mrd. DM.

Quellen: 1994 und 1. Halbjahr 1995 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und Berechnungen der Institute; 2. Halbjahr 1995 und 1996 Prognose der Institute, Angaben gerundet.